

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.

Aboptionspreis M. 1,50 pro Werkstatt. Zu bezahlen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Käfer, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenstellen: Eduard Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin, C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Unterlage für die viergeschossige Dachfläche oder deren Raum 80 Pf.  
Vergnügungsangelegen und Arbeitervermittlungen 30 Pf.  
Versammlungsangelegen 15 Pf.

## Die Beurteilung der Lohnbewegungen.

1. Die Frage nach der Berechtigung oder Nachberechtigung der Lohnbewegungen wird nicht nur im allgemeinen diskutiert, sondern auch in jedem einzelnen Falle wird selbst darüber gestritten. Und wenn es sich um Lohnbewegungen höheren Umlaufes handelt, so beteiligt sich die gesamte Öffentlichkeit an der Diskussion. Allerdings spielt dieser Diskussion weniger die Sacheninhalts und ruhige Erwagung eine Rolle, vielmehr sprechen Vorurteile und Einstellungen, Sympathien und Antipathien, bei der Entscheidung wesentlich mit. Nur einen Fernstehenden ist es schwierig, sich ein richtiges Urteil zu bilden, weil es an einem Maßstab zu einer Beurteilung fehlt.

Diesem Nebelschande will Herr Syndikus Dr. Emil Wolff (Frankfurt a. M.) abhelfen, indem er in einem Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, des Prokrohs der preußischen Regierung, Grundzüge aufstellt zur Beurteilung moderner Lohnbewegungen. Er beschreibt sich französisch, den unparteiischen Beurteiler zu sein, doch hat er hiermit ebenso wenig Glück, wie die Regierung, die sich auch mit Vorliebe in die Löwenhaut der Unparteilichkeit hüllt, aus der aber die Eiszähne der kapitalistisch-agrarischen Interessenpolitik allzu verräterisch vorlugen.

Herr Dr. Wolff geht von der Auffassung aus, daß dem Arbeiter unter allen Umständen das Existenzminimum garantiert werden müsse, daß aber auch die über dieses Minimum hinausragenden Gewerkschaftslöhne ihre Berechtigung hätten. Er stellt nun die Behauptung auf, daß die bestehenden Löhne festgehalten werden müssten, und daß deshalb alle Lohnbewegungen berechtigt seien, die den Zweck verfolgten, die einen bestehenden Lohn zu behaupten. Eine reelle oder indirekte Lohnverkürzung dürfe unter keinen Umständen eintreten, weil sie gegen das Interesse des Arbeiters und auch gegen das Interesse der gesamten Volkswirtschaft verstößt. Abwehrstreiks der Arbeiter sind hierbei nach also berechtigt — das ist die Binsenwahrheit, die der unparteiische Syndikus im ersten Teil seines Artikels zufolge fordert.

Ganz anders verhält es sich aber zu den Lohnbewegungen, die darauf gerichtet sind, die Löhne zu erhöhen, um dem Arbeiter eine höhere Lebenshaltung zu ermöglichen und ihm die Möglichkeit zu geben, mehr als bisher an den Errungenschaften moderner Kultur teilzunehmen. Hier tritt er den eigenartigen Standpunkt, daß eine solche Lohnbewegung nur dann ihre Berechtigung habe, wenn durch die geforderte Lohnbewegung wieder die Lebenshaltung des Unternehmers, noch die Rentabilität seines Unternehmens geahndet werde. Er schreibt nämlich: „Bei der Beurteilung derartiger Bewegungen ist erfahrungsgemäß davon auszugehen, daß die Arbeiterorganisationen bei Einleitung einer Lohnbewegung naturgemäß fast stets über das bezeichnende Maß hinausgehen; das Bestreben, in erhöhtem Maße an den Fortschritten der Bildung, des Komforts, der Lebenshaltung, der Gesundheitspflege und vor allem an den Genussmitteln teilzunehmen, das Niveau der ganzen Lebenshaltung zu erhöhen, ist von dem Standpunkt des Unternehmertum begreiflich. An diesem Punkte steht aber der Kapitalist zwischen Arbeitgeber und Arbeitern meist in: Bei ihren Forderungen berücksichtigen die Arbeiter deshalb nicht die Lage der Industrie selbst genügend, zumal sie nicht direkt mit dem inneren Zusammenhang der verschiedenen Vorgänge bei der Produktion vertraut sind, um die Tragweite der Lohnverhöhung und damit die Steigerung der Produktionskosten überhaupt zu beurteilen. Die ihnen reine keine Struktur eines Betriebes zu erkennen, nur wenige erkennen, wie ein geringes Abreichen von dem nur dem Leiter erkennbaren Maß des Notwendigen die ganze Rentabilität des Unternehmens in Frage stellen kann. Hier ist sowohl der Punkt, wo der Widerstand des Unternehmers einztritt. Eine Erhöhung der gesamten Lebenshaltung der Arbeiter über das durch den obigen Ausführungen hinausgehende Maß hinaus darf derselbe nur dann anbilligen, wenn es tunlich ist, ohne die Lebensbedingungen des Alleinherrschers des Unternehmens eingeschlossene Standard zu nötigen bezw. ohne die Rentabilität des Unternehmens zu gefährden. Der Leiter eines Unternehmens hat, wie ein sorgfältiger Kaufmann, über das ihm unterstuhlt Gut zu wachen; er hat außerseits die Pflicht, anzustreben, daß seine Mitarbeiter,

bis zum geringsten Hilfsarbeiter herab, in ihrer seitherigen üblichen Lebenshaltung nicht beeinträchtigt werden, daß sie den einmal eingenommenen Standard bewahren können. Darüber hinaus darf er aber nur dann gehn, wenn nicht dadurch die Lebenshaltung der anderen Beteiligten reduziert und die Rentabilität des Unternehmens gefährdet wird. Es ist nicht gerechtfertigt, die durch Gewohnheit und Sitte geschaffene Lebenshaltung eines Aktionärs, der vielfach durchaus nicht als reicher Mann von vornherein zu betrachten ist, geringer einzuschätzen als diejenige des Arbeiters.“

Die in dem letzten Satz zutage geförderte Ungeheuerlichkeit, daß Arbeitsentkommen eines Proletariers dem arbeitslosen Entkommen eines Aktionärs schlankweg gleichzustellen, wollen wir dem unparteiischen Herrn Syndikus weiter nicht aufzuzeigen, wohl aber wollen wir uns gegen die Auffassung wenden, daß das Emporstellen der Arbeiterklasse in wirtschaftlicher Beziehung lediglich von der Lebenshaltung und dem Profit der Unternehmer abhängig gemacht werden soll. Das wäre ja eine nette Sozialpolitik, die der großen Masse des Volkes einen Aufstieg unmöglich machen will, damit der heilige Geldsack nicht in Gefahr gerät. An dem Herrn Syndikus scheinen alle sozialen Gedanken und Bestrebungen der letzten drei Jahrzehnte spurlos vorübergesliefet zu sein, er scheint gar nicht gemerkt zu haben, daß die vielgerühmte Arbeitersfürsorge ausgesprochenermaßen von dem Kapital Opfer fordert zugunsten der vereindeten Massen.

So falsch die Auffassung des Herrn Dr. Wolff in der Theorie ist, so wenig Wert hat sie in der Praxis. Denn es wirft sich hier die Frage auf, wer in einem bestimmten Falle entscheiden soll, ob die Voraussetzungen einer berechtigten Lohnbewegung vorhanden sind oder nicht. Kann ein Unternehmer, eine Branche, die geforderte Lohnsteigerung fragen oder nicht? Diese Frage zu entscheiden, und zwar unparteiisch zu entscheiden, darin liegt die praktische Schwierigkeit. Offenbar können die beteiligten Arbeiter diese Frage nicht entscheiden, da sie ja nach der Meinung des Herrn Syndikus, wegen ihres beschränkten Unternehmensverständes von der inneren Struktur und der geschäftlichen Lage eines Betriebes nichts verstehen. Aber auch die beteiligten Unternehmer dürfen die Entscheidung nicht treffen, weil sie bei der Sache im höchsten Grade interessiert und darum nicht unbefangen sind.

Um aus dieser Zwischenfrage herauszukommen, fordert Herr Dr. Wolff die Einberufung von Schiedsgerichten, die nach im voraus aufgestellten Grundsätzen urteilen sollen. Der wichtigste Grundsatz ist der, daß eine Lohnsteigerung nur dann berechtigt ist, wenn der betreffende Unternehmer sie tragen kann, ohne daß seine wirtschaftliche Existenz gefährdet wird, und wenn sie zugleich nicht dazu angewandt ist, anderen, vielleicht schwächeren Unternehmungen Schwierigkeiten zu machen. Zur Beurteilung dieser Frage müssen sichere Unterlagen geschaffen werden. Wenn man's so sieht, mög's leidlich klingen, doch hält dieser Vorschlag bei näherer Betrachtung keinen Stand. Wie will sich das Schiedsamt die erforderlichen Unterlagen verschaffen, um sich ein richtiges Urteil zu bilden? Das ist der knifflische Punkt, um den man nicht herumkommt.

Ein privater Unternehmer wird sich — erklärlicherweise und mit Recht — wohl dafür bedanken, seine innersten Geschäftsgeschäfte freunden Augen zu enthüllen und anderen Leuten zu erzählen, wie sich sein Betrieb reutiert, damit das Schiedsamt urteilen kann, ob man ihm eine Mehrbelastung zumuten darf oder nicht. Aber auch bei den Kollektivunternehmungen (Aktiengesellschaften usw.) läßt sich keine sichere Unterlage bilden, denn die veröffentlichte Abrechnung und Bilanz bietet keinen genauen Anhalt für ein Urteil über die Rentabilität des Geschäftes. Mit Hilfe von Abschreibungen, Wegbuchungen und anderen Schiebungen, die man nicht einmal Fälschungen nennen kann, weiß ein geschickter Buchhalter der Bilanz ein Gesicht zu geben, wie es gerade gewünscht wird. Und wie möchten ein Schiedsamt kennen lernen, das sich nicht einseilen und hinter Licht führen ließe.

Der Vorschlag des Herrn Syndikus ist eine Seifenblase, die bei dem ersten Husten zerplatzt. Es wird also auch hier vorläufig alles beim alten bleiben, und über die Berechtigung oder Nichtberechtigung einer Lohnbewegung wird auch wie bisher das Stärkeverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern entscheiden. Wie in einem Kriege zwischen zwei Wölfen, so hat auch in dem wirtschaftlichen Kampfe zwischen zwei Gruppen immer der Stärkere recht; die siegende Sache ist immer die gerechte Sache, und jede

Lohnbewegung, die mit Erfolg beendet wird, war berechtigt. Darum gilt es, sich mit Hilfe starker Gewerkschaften zu einer Macht zu entwickeln und den Sieg — und damit das Recht! — an seine Fahne zu heften.

## Hilfe für die Heimarbeiter.

Auf dem jüngst abgehaltenen Heimarbeiterkongress wurde mit vollem Recht der größte Nachdruck auf die Förderung gelegt, daß durch Eingreifen der Staatsgewalt eine Steigerung der Löhne der Heimarbeiter herbeigeführt werden müsse. Jeder, dem es ernst ist mit den den armen Heimarbeitern zu leistenden Hilfen, muß sein Hauptaugenmerk auf diesen Punkt richten. Alles andere ist Nebensache, es regelt sich leicht, wenn einmal die Lohnfrage eine befriedigende Lösung gefunden hat. Deshalb ist es auch im höchsten Maße bedauerlich, daß der Widerspruch der Regierung die Wirkung zeitigte, daß die Reichstagskommission für das Heimarbeitergesetz die Bestimmungen über die Lohnräte und Lohntarife, welche in erster Lesung beschlossen waren, in der zweiten Lesung wieder abgelehnt hat. Ob das einmütige Votum des Heimarbeiterkongresses, hinter welchem neben den bürgerlichen Sozialpolitikern die Gewerkschaften aller Richtungen stehen, die gewünschte nachhaltige Wirkung auf die Faktoren der Gesetzgebung ausüben wird, steht noch dahin. Lieberdies ist es auch noch keineswegs gewiß, ob das Heimarbeitergesetz überhaupt in irgendeiner Form vom Reichstag verabschiedet wird. So notwendig und wünschenswert ein Eingreifen der Gesetzgebung zugunsten der Heimarbeiter ist, so wird man doch nicht alle Hoffnung allein darauf setzen dürfen, sondern auch unabhängig davon Hand anlegen müssen, um praktische Verbesserungen zu erzielen.

Aber wie? Mit schönen Redensarten ist nicht geholfen, und die Organisation des Absatzes der Heimarbeitersprodukte, welcher manche Leute einen großen Wert beimeissen, darf keineswegs als Altheilmittel angesehen werden. Gewiß liegt es im Interesse der Heimarbeiter, daß ihre Produkte gekauft werden, aber es sind auch Fälle bekannt geworden, in denen solche Wohltäter der Menschheit, die aus der Silse, die sie den armen Heimarbeitern auf diesem Wege gewähren, ein großes Wesen machen, in Wirklichkeit sehr eigensüchtige Zwecke verfolgen. Viel wichtiger als der flotte Absatz ihrer Arbeiten ist den Heimarbeitern eine ausreichende Bezahlung, und um diese zu erzielen, muß man sie auf den Weg der Selbsthilfe führen. Die Heimarbeiter müssen sich organisieren. Ihr Selbstbewußtsein muß gefördert werden; sie müssen es sich abgewöhnen, als Bettler vor dem Unternehmer und Verleger zu stehen, der ihnen einige Bettelpfennige für die Produkte ihres Fleisches gewissermaßen als Almosen nebstellt. Im Bewußtsein der Macht der hinter ihm stehenden Organisation muß auch der Heimarbeiter dem Unternehmer als gleichberechtigter Faktor gegenüberstehen und einen angemessenen Preis für seine Ware fordern.

Es wird allerdings noch lange Zeit vergehen, bis der unterdrückte, geliebte und ausgehungerte Heimarbeiter sich so weit emporgerafft hat. Im allgemeinen trifft es zu, was der Freiherr v. Berlepsch auf dem Heimarbeiterkongress ausführte: Durch die von den Lohnrätern festzufestenden Mindestlöhne sollen die elendesten Proletarier in der Hausindustrie erst in die Lage versetzt werden, sich zu organisieren. Die behördliche Lohnfestsetzung soll nur eine vorübergehende Erscheinung sein, für die organisierten Heimarbeiter wird die Gewerkschaft das Mittel zur Steigerung des Lohnes, wie sie es jetzt schon für die Arbeiterschaft in Fabrik und Werkstatt ist. So wichtig in diesem Gedankengang die Funktion ist, welche dem Lohnamt zugewiesen wird, so brauchen wir doch auf dessen Einführung nicht zu warten. Wir müssen, ungeachtet der entgegengestellten Schwierigkeiten, rüstig an die Organisation der Heimarbeiter gehen. Die Gewerkschaften sind jetzt schon in der Lage, den Heimarbeitern zu helfen, und zwar gilt hier der gleiche Grundsatz wie für die gewerkschaftliche Tätigkeit überhaupt: Der Erfolg ist um so größer und um so leichter zu erringen, je größer die Zahl der Organisierten ist.

Die Methoden, welche die Heimarbeiter im Lohnkampfe anwenden, werden nicht immer mit denen übereinstimmen können, die sonst in den Gewerkschaften üblich sind; die Taktik muß sich dem Gelände anpassen, in welchem operiert wird. Die zur Anwendung gelangenden Mittel werden, den verschiedenartigen Verhältnissen entsprechend, recht verschieden sein; die Hauptsaite ist, daß sie Erfolg versprechen. Ein originelles Mittel, eine Lohnsteigerung zu erzielen,

haben die Griffelfässer machen in Steinach angewendet, und dieses soll hier kurz besprochen werden.

Steinach ist ein Flecken in Sachsen-Meiningen mit etwa 7500 Einwohnern und einer sehr lebhaften Industrie. Unter anderem werden dort Schieferplatten und Griffel hergestellt, daneben auch die für leichtere erforderlichen Stifte, die Griffelfässer. Die in diesem Erwerbszweig tätigen Arbeiter führen das Leben, welches für den Thüringer Heimarbeiter typisch ist. Alle Familienangehörigen, selbst die Kinder im zartesten Alter, müssen fleißig arbeiten, und das Ergebnis ist ein Verdienst, der kaum ausreicht, das nackte Leben zu fristen.

Die Griffelfässermacher sind „unabhängige“ Arbeiter, das heißt, sie beziehen das Rohmaterial nicht vom Händler. Das Holz wird in Auktionen erstanden, und dabei passiert es nicht selten, daß die Tage um das Doppelte überboten wird. Das fertige Produkt wird dem Händler angeboten, und dieser wendet dann öfters den bekannten Trick an, zu erklären, daß er augenblicklich keinen Bedarf habe. Aus Mitleid mit der Not des armen Heimarbeiters will er schließlich die Ware abnehmen; aber nur, wenn sie billiger abgegeben wird. Unterstützt wird der Versuch des Preisdruckes noch durch den Hinweis, daß der oder jener Kollege ja ohnehin schon billiger liefere. Ob diese Behauptungen wahr sind, kann der Heimarbeiter oder seine Frau, die abschafft, nicht nachprüfen. Sie denken nur an die Not im Hause und haben keinen anderen Gedanken, als Geld heimzubringen, um den Hunger der Kinder zu stillen. Schließlich wird der schlaue Händler, der sich noch ein wenig giert, Himmelsoch gegeben, nur ja die Ware abzunehmen. Er läßt sich auch endlich erweichen und — freut sich des billigen Einkaufs. Daß damit die Not des Heimarbeiters weiter gesteigert wird, macht ihm weiter keine Sorge.

Dieses Bild dürfte jedem bekannt sein, der sich für die Verhältnisse der Heimarbeiters interessiert. Man kann es nicht nur bei den Heimarbeitern in der Thüringer Holzindustrie beobachten, sondern man trifft es, mehr oder weniger deutlich ausgeprägt, überall, wo die Heimarbeit zu Hause ist. Hier gilt es zunächst, das Solidaritätsgefühl der Heimarbeit zu wecken. Sie müssen zusammengebracht werden, damit sie sich über ihre Verhältnisse aussprechen und Vertrauen zueinander gewinnen, um zunächst einmal das gemeinschaftliche Unterbluten zu unterlassen. Das haben nun eifreudlicherweise die Steinacher Griffelfässermacher erkannt. Trotz der für ihre Verhältnisse recht erheblichen Höhe des Beitrags sind sie dem Deutschen Holzarbeiterverband beigetreten. Nachdem dieser erste Schritt geschehen war, konnte weiter gearbeitet werden. Das Holz ist in den letzten Jahren mindestens um ein Drittel im Preise gestiegen, das machte eine Erhöhung der Warenpreise dringend notwendig. Über, so sagten sich die Kollegen, wenn es uns auch gelingt, in dieser Beziehung einen Erfolg zu erzielen, so wird es doch nicht lange dauern, bis durch das gegenseitige Unterbluten die alte Misere wieder hergestellt ist.

Das gegenwärtige Unterbluten wurde also als der Krebschaden erkannt, und hier mußte der Hebel eingefest werden. Unter Mitwirkung des Vorsitzenden, des Kollegen Gith, wurde nach einer Lösung gesucht, und man hat sie auch gefunden. Es wurde ein Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen, durch welchen sich die Teilnehmer bei Strafe verpflichten, nicht billiger zu liefern, als in dem vereinbarten Preisfuranter vermerkt ist. Das originelle Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

#### Vertrag.

Zwischen den unterzeichneten Personen wird heute nachstehender Vertrag abgeschlossen:

1. Unterzeichnete erkennen hiermit an, daß sie sich untereinander verpflichtet haben, den beigefügten Preisfuranter für Holzstift in allen seinen Teilen zu beibehalten.

2. Sollte einem der Unterzeichner nachgewiesen werden, daß er billiger, als im Preisfuranter vermerkt, an irgendeine Person Waren liefert oder geliefert hat, der soll im ersten Falle eine Strafe von 50 Pf. in jedem weiteren Falle eine solche von 75 Pf. an Herrn X. zahlen.

3. Sollte Herr X. gegen vorstehende Bestimmung verstößen, dann hat derselbe an Herrn Y. in Steinach (S.-M.) die gleiche Strafe von 50 bzw. 75 Pf. zu zahlen.

4. Die Strafgelder sollen von dem betreffenden Empfänger an die Lokalstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle Steinach (S.-M.), gegeben werden. Die Unterzeichnete sind verpflichtet, Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu sein.

5. Sollen neue Muster hergestellt werden, dann soll zunächst Herrn X. Mitteilung von diesen neuen Mustern gemacht werden und tritt eine Kommission zusammen, welche den Preis feststellt. Diese Kommission wird von den Unterzeichneten gewählt in einer einzuberufenden Versammlung. Die Kommission muß bis zum 31. Dezember 1910 gewählt sein und werden die Namen diesem Vertrage in einem Nachtrag hinzugefügt.

6. Änderungen am Preisfuranter behalten sich die Unterzeichneten vor. Solche Änderungen können nur bei einstimmigem Beschluss aller Unterzeichneten vorgenommen werden. Gewünschte Änderungen am Preisfuranter müssen mit der nötigen Begründung bei Herrn X. mit dem Antrag auf Erstattungen einer Versammlung schriftlich eingereicht werden. Zu dieser Versammlung muß Herr X. jeden Unterzeichneten brieflich einladen.

7. Bei Klagen aus diesem Vertrage ist das Amtsgericht Steinach (S.-M.) zuständig. Erfüllungsort ist Steinach (S.-M.).

8. Vorstehender Vertrag gilt bis zum 1. Dezember 1911, abends 7 Uhr.

Steinach (S.-M.), den 1. Dezember 1910.

Folgen die Unterschriften.

Gleichzeitig mit diesem Vertragsabschluß wurden die Preise pro Kilo um 20 Pf. erhöht. Um dem Vertrag eine größere Sicherheit zu geben, haben die Beteiligten vor dem Amtsgericht ein Protokoll ausfertigen lassen, in welchem sie sich ausdrücklich zu dem Vertrag bekennen und ihre Unterschrift beglaubigen lassen. Hierbei wurde ihnen vom Amtsrichter bestätigt, daß das Dokument rechtlich unanfechtbar ist. Es bleibt nun abzuwarten, wie sich die Abmachung in der Praxis bewährt. Nebenfalls bedeutet sie einen beachtenswerten Fortschritt. Die beteiligten Heimarbeiter können, gestützt auf diesen Gegenseitigkeitsvertrag, auch an eine Steigerung ihrer Löhne denken, wobei sie im Deutschen Holzarbeiterverband einen kräftigen Rückhalt finden, der instand ist, sie im Bedarfsfalle eine Zeitlang über Wasser zu halten. Ein etwasiger Versuch der Händler, die Vertragskontrahenten auszuschalten, indem sie die Arbeit außerwärts anfertigen lassen, verspricht wenig Erfolg, denn die Preise sind immer noch so gering, daß Leute, die nicht über die Übung und die Gewissamkeit der Steinacher Griffelfässermacher verfügen, da nicht kommen können.

Der Versuch, auf dem Wege des Gegenseitigkeitsvertrages den Heimarbeitern Hilfe zu bringen, ließ sich im vorliegenden Fall leichter durchführen, da die Zahl der bestellten Vermögenswesen nicht sehr groß ist. Je größer die Zahl der Interessenten, um so schwieriger ist es natürlich, sie in dieser Weise unter einen Hut zu bringen.immerhin ist das Experiment beachtenswert, und es könnte nichts schaden, wenn versucht wird, es an anderen Stellen nachzuahmen.

#### Ein Jubiläum.

Aus Wien wird uns geschrieben:

— Als gegen Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in Österreich die Organisationen unter dem Ausnahmestand zu leiden hatten, jede organisatorische Tätigkeit unterbunden war, bemühte sich eine Anzahl Gehilfen von verschiedenen Branchen der Zwangsorganisation der Genossenschaften (Anlagen). Auf Grund dieses Gesetzes waren die Gehilfenausschüsse die lokalen Vertreter der Gehilfen der Meisterschaft gegenüber. Eine der ersten Branchen, welche hier sehr tüchtig arbeitete und später für alle Branchen zum Vorbild wurde, waren die Tischler in Wien. Von dem Gehilfenausschuß, nach langen Kampfen endlich in die Hand bekommen, wurde der Grundstein zu einer neuen Organisationsform gelegt, der steile in Organisation der Tischler Wiens.

In einer am 14. Dezember 1890 abgehaltenen genossenschaftlichen Gehilfenversammlung der Tischler wurde nachstehender Beschluß gefaßt:

„In jeder größeren Werkstatt sind ein oder mehrere Vertrauensmänner zu wählen, die sich mit dem Gehilfenausschuß ins Einvernehmen zu setzen, alle Nebelstände in der Werkstatt bekannt zu geben, und so die Schritte zu beraten haben, die zur Ereichung unserer Forderungen notwendig sind.“

So wenig dieser Beschluß sagt, war er doch der Grundstein, auf welchem nun die neue Organisation aufgebaut werden sollte. „Freie Organisation“ wurde sie deshalb genannt, weil sie frei war von den geistlichen Bestimmungen über das Vereinswesen, aber auch nicht unter das Genossenschaftsgesetz fiel, sondern vielmehr auf dem Vertrauensmännerystem aufgebaut war. Die Vertrauensmänner in den Werkstätten waren gleichzeitig die Kassierer, welche die Beiträge der Kollegen entgegennahmen und mit dem Gehilfenausschuß verrechneten. Die Freie Organisation betätigte sich hauptsächlich nur auf dem Gebiet der Regelung der Werkstättenangelegenheiten. Diese Norm der Organisation hatte auch noch einen besonderen Vorteil für die damalige Zeit: Kein Fachverein, keine Gewerkschaft, aber auch kein Verband erhielt bis jetzt die behördliche Bewilligung der Statuten, wenn in denselben enthalten war, daß auch „Mitglieder, welche freiwillig die Arbeit verlassen“, einen Anspruch auf Unterstützung haben. Man wollte damit den Vereinen die Möglichkeit nehmen, streitende Mitglieder zu unterstützen. Genutzt hat es zwar bisher nicht viel, Auswege sind immer gefunden worden. Die Freie Organisation der Tischler hat seit jener Zeit aber sehr treffliche Dienste geleistet.

Die Erhebung der Beiträge begann mit Januar 1891 und gab sich die Gehilfenversammlung vom 22. November 1891 eine „Anleitung für die Vertrauensmänner“, obwohl der Genossenschaftsvorsteher sich gegen die Annahme verwehrte und die Gehilfen vor der Annahme warnete. Als die Meister nur sahen, daß es mit der „Muße“ in den Werkstätten vorbei war, die Gehilfen leichtig für den Streifond sammelten, gingen sie an die Genossenschaftsvorsteherin und verlangten, daß Ordnung gemacht werde. Das war leichter gesagt, wie getan. Die Genossenschaft zog aus zum Kampf, wenn sie sich auch nur Blasenholz holte. Die erhobenen Beiträge wurden mittels Marken quittiert, und das schien den Herren ein Anhaltpunkt. Nach dem österreichischen Pregegesetz darf niemand einem anderen eine Drucksache geben, wenn er nicht hierzu die Bevollmächtigung hat. Die Bevollmächtigung hatten aber der Gehilfenausschuß sowie die Vertrauensmänner nicht, sie wurden also zu Geldstrafen verurteilt. Geholzen hat es den Meistern nichts, sondern es wurden die Beiträge anstatt mit Marken mittels Stempelaufdruck quittiert. Nun begann ein fortwährendes Nunieren

in den Werkstätten. Verschiedene Nebelstände wurden abgeschafft, jedoch die ganze Arbeit konzentrierte sich auf den Generalstreik der Tischler Wiens im Jahre 1894.

Der Eifer und das jugendliche Feuer der Organisation hatte in vielen den Gedanken an die Unbestechbarkeit wachgerufen, und so glaubte man auch, dieses bei den zu stellen den Forderungen zum Ausdruck bringen zu müssen. Die Forderungen, welche in einer am 1. April abgehaltenen Versammlung beschlossen wurden, lauteten: 1. Achtstundentag, 2. Abschaffung der Auflardarbeit, 3. 10 Gulden Minima lohn, 4. Freigabe des 1. Mai und Bezahlung desselben. Am 16. April sollte Bericht erstattet werden über die Antwoerder Meister. Diese wieder suchten die Sache zu verschleben, indem sie ein Komitee wählten, welches am 25. April berichten sollte. Die Gehilfen beschlossen in der Versammlung am 16. April den Streik, und am 17. ruhte in allen Betrieben die Arbeit. 18 000 Gehilfen hatten die Werkstätten verlassen, und nun begann ein harter und schwerer Kampf. Die Mittel, die dem Gehilfenausschuß zur Verfügung standen, waren sehr gering, 70 000 Kr. für 18 000 Mann, Frauen und Kinder nicht mitgerechnet. Trocken wurde mit bewunderungswürdigem Eifer und einer Hingabe gekämpft, wie man sie heute selten mehr findet. Nach Berechnungen entfielen pro Kopf und Woche 23 Kreuzer = 66 Heller an Unterstüzung. Gewiß wenig genug. Der Kampf endete, wie vorauszusehen, mit einer Niederlage der Arbeiter, wenn auch nicht vollständig. Am 1. Juli 1894 konstatierte man, daß in 125 Werkstätten 8 Stunden in 1024 ½ Stunden und in 1200 Werkstätten 10 Stunden täglich gearbeitet wurde. Ammerhin ein moralischer Erfolg des Kampfes.

Die Erhöhung der Arbeiter war jedoch sehr groß ein fortwährender Wechsel der Werkstätten und ununterbrochener Kampf mit den Unternehmern war die Folge davon. Vom Jahre 1895 bis 1905 gab es keine Woche ohne Werkstättencämpfe. Im Jahre 1904 war auch der Kampf in zwei großen Betrieben ausgebrochen, und zwar bei A. W. Müller und Richard Ludwig. Das mußte von den Unternehmern gerichtet werden. Man bereitete nun von der mittlerweile gegründeten Vereinigung der Tischler Niederösterreichs eine Aussperre vor, welche am 1. Januar 1905 durchgeführt wurde. Die Aussperre wähle bis 6. März, wo die Vereinigung Plakate öffneten, in welchen befürchtet wurde, die Aussperre sei aufgehoben. Der Gehilfenausschuß warnte noch am selben Tage in Plakaten, nicht in die Werkstätten zu gehen. Es dauerte so der Kampf bis zum 18. April, woran die Gehilfen als Sieger aus ihm hervorgingen, wenn es auch zu seinem offiziellen Abschluß oder zur Schließung eines Vertrages kam.

Im Jahre 1906, als die Unternehmern ihre Arbeiter ausgesperrt hatten, kam auch ein Teil der Tischler in Verdröhl, und des Abschlusses dieser Aussperre führte auch zum Abschluß des ersten Vertrages mit den Tischlermeistern. Nun trat eine verhältnismäßig ruhige Zeit ein, welche auf beiden Seiten zur Stärkung der Organisation benötigt wurde.

Der Kollektivvertrag lief mit dem 31. Dezember 1908 ab, und da die am 4., 7., 13., 27., 28. und 29. Januar sowie 3. Februar geführten Unterhandlungen zu keinem Resultat führten, wurde am 6. Februar ein Teil der Gehilfenausschüsse geöffnet, dem am 13. und 20. Februar die übrigen folgten. Die Vereinigung der Unternehmer wollte allerdings über 8000 Gehilfen aussperren, was ihr jedoch nicht gelang, da sie kaum etwas über 3000 Organisierte aussperren konnte. Mit welchen Mitteln hier von Seiten der Unternehmer gearbeitet wurde, dürfte wohl vielen der Kollegen in Erinnerung sein. Die ganze Industrie stand hinter den Tischlermeistern und stellte die notwendigen Mittel zur Verfügung. 20 volle Wochen wütete der Kampf, und wenn am Schlusse die Arbeiter auch nicht alles erreichten, was sie forderten, so war es immerhin ein großer Sieg, denn der Kampf galt dem Sein oder Nichtsein der Organisation. Es wurde ein Vertrag abgeschlossen, welcher bis Ende März 1913 Gültigkeit hat.

Die Höhe der Beiträge, welche die Tischler in ihrer „Freien Organisation“ geleistet, sind sehr verschieden gewesen, je nach der Situation, in der sie sich befanden. Am Anfang betrug der Beitrag 20 Heller pro Woche, er stieg 1904 auf 40 Heller, 1905 auf eine Krone pro Woche; dann saß er auf 50 Heller, um 1909 wieder auf 1 Krone zu steigen. Gegenwärtig beträgt er wieder 50 Heller pro Woche.

Die Tischler Wiens haben in ihrer Freien Organisation gewiß eine Institution geschaffen, welche sich bei ihren Kämpfen bewährt hat. Aber die Unternehmerorganisationen wollen nicht mehr mit den Gehilfenausschüssen allein kämpfen und eventuell Verträge abschließen, und so wurde auch der lebte Kampf mit den Unternehmern gemeinsam mit dem Holzarbeiterverband geführt.

Zur Erinnerung an die zwanzigjährige Tätigkeit der „Freien Organisation der Tischler Wiens“ hat der Gehilfenausschuß eine hübsche Broschüre\*) herausgegeben, welche sich auch mit der Bewegung der Tischler vor der Gründung der Freien Organisation beschäftigt und sehr viel lehrreiches Material enthält.

Am 8. Januar 1911 wurde das Gründungsfest abgehalten, bei welchem neben der Organisation auch noch Kollege Wiedholz als Jubilar gefeiert wurde. Am 20. Juni 1909 wurde er zum Gehilfenvormann der Tischler-

\*) Denkschrift anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens der Freien Organisation der Tischler in Wien. Verfaßt im Auftrage des Gehilfenausschusses von Laurenz Wiedholz.

## Warnung vor Zugang!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Verwendung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zentralstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel glaubhaft sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:  
Fischern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Bruns-  
haupten, Delmenhorst (Wagenfabrik Tönjes),  
Enden, Hameln (Norddeutsche Automobil-  
fabrik), Herford (Handelswirtschaftliche Maschinen-  
fabrik Niesbaum u. Gutenberg), Kaiser-  
lautern (Edel), Mölln in Lauenburg (Greese),  
Mühlhausen in Thüringen (Weichelt u.  
Seifert), Mühlhausen im Elsass, Neuhausen-  
burg (Wittich), Neustadt, Segeberg, Stolp  
in Pommern, Beeskow (Wanderwagenfabriken),  
Pitschen, Bins an der Donau (Möbelfabrik  
Müller).

Gärtnerarbeiten nach Liegnitz und Schmölln (S.A.).  
Fabrikarbeiter nach Zürich (Wiederlehr u. Schneller).  
Krawinern nach Beeskow, Stockholm (Korbfabrik  
Scholz).

Kaufleuten nach Stolp in Pommern.  
Kopsmachern nach Frankenhausen.

Kellmächern und Wagenbauern nach Delmenhorst,  
Neustadt.

Kesselbauern und Tischlern nach Leipzig (Gehhar-  
n. Co.).

Hilfsarbeiter nach Uerigk i. Th., Osterup auf  
Sylt.

Kerzgäldern und Ölkarren nach Budapest in Ungarn.

wählt, und seit dieser Zeit hat er diese Stelle noch inne.  
Es wurde bei dieser Gelegenheit konstatiert, daß zwar  
wir Räume zu führen waren, aber auch schöne Erfolge  
verzeichneten sind. Dies soll für jeden einzelnen ein An-  
spruch zu weiterer Arbeit sein.

## Soziales.

### Der Kampf ums Wahlrecht.

Das preußische Dreiklassenhaus hat in der letzten Zeit wieder viel von sich reden gemacht, aber rißbares von ihm nicht zu melden. Die Zusammensetzung dieser Kavallerie einer Volksvertretung schlägt es aus, daß das preußische Abgeordnetenhaus sich in volksfreundlichem Sinne betätigt. Der preußische Landtag ist eine gewollte Vertretung der Interessen des ostelbischen Junkertums, dessen Habgier und Herrschaft sprichwörtlich ist. Lange Zeit hindurch hat man die Stimme des Volkes im Dreiklassenhaus überhaupt nicht gehört. Die Vertreter der stehenden Klassen waren hier unter sich und das freche Wort des Junkers Jordán v. Kröcher, daß die Arbeiter nur Objekte, nicht Subjekte der Gesetzgebung seien, fand im Parlament des größten deutschen Bundesstaates seine Bestätigung. Die letzten Wahlen haben aber die Dinge geändert. Die Wälle, die gegen das Eindringen der Arbeiter in das Dreiklassenhaus errichtet wurden, haben sich nicht als unübersteigbar erwiesen. Und wenn man es auch verstanden hat, der Sozialdemokratie einen den erobererten Mandaten abzuschwindeln, so hat die Arbeiterschaft doch immer noch sechs Abgeordnete im preußischen Landtag. Eine verschwindende Minderheit freilich im Wahlkampf nach, aber das Bewußtsein, die Vertretung der arbeitenden Klassen zu sein, gibt der kleinen sozialdemokratischen Fraktion die Kraft, sich energisch als Amtsträger des Volkes zu betätigen.

Das Eindringen der Sozialdemokratie in das Dreiklassenhaus hat die beschauliche Ruhe, die dort herrschte, gestört. Die Sozialdemokraten haben die Erwartung, daß sie sich als die Hechte im Maßenteich betätigten würden, voll auf gerechtfertigt. Man hört jetzt im preußischen Landtag auch Rufe, die man früher dort nicht vernommen hat. Man darf auch dort nicht mehr, wie man früher so oft getan, die Sozialdemokratie ungestraft schimpfen. Bavar suchen die Junker nach Kräften die Rechte der Arbeiterschaft zu vergewaltigen, ihnen recht aufsig das Wort abzuscheiden, aber sie völlig mundtot machen, ist doch nicht möglich. Soweit allerdings unverständiges Verhalten gegenüber den sozialdemokratischen Abgeordneten in Betracht kommt, geht der Junker Kröcher, der Präsident des Abgeordnetenhauses, seinen Junkern mit schlemtem Beispiel voran. Diese Junkertumheit ist nun dieser Tage gründlich abgetrumpft worden.

Es war in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 21. Januar während der Debatte über die Interpellation treffend Uebergriffe der Kavallerie. Der sozialdemokratische Abgeordnete Leinert hatte in seiner Rede unzählig Uebergriffe preußischer Beamten zur Sprache gebracht, was jedoch bei den Junkern nur Heiterkeit und häbische Zutaten hervorrief. Diese wurden von dem Sozialdemokraten Hoffmann mit einem entsprechenden Aufruf beantwortet. Für den „unparteiischen“ Präsidenten Kröcher war das der Anlaß zu einer groben Bekleidung. Er sagte dem Abgeordneten Hoffmann, er könne sich in diesem Fall nicht ernst nehmen. Später zum Hoffmann das Wort zur Geschäftsausordnung und den Präsidenten, ihn nun ernst zu nehmen, wenn er wäre, jene Neuerung des Präsidenten sei eine Neuerung der Freiheit gewesen. Das war großer Stoff!

Den Junker Kröcher wünschte diese Abfuhr, die ihm der verholt Sozialdemokrat beigebracht hatte, und die treue Kamerad beeilte sich, ihm eine Genugtuung zu bereiten. In der Sitzung vom 23. Januar wurde namens aller bürgerlichen Parteien eine Erklärung abgegeben, in welcher die dem Präsidenten widersprechende Beschimpfung auf das nachdrücklichste zurückgewiesen wird. An diesem Mittwoch hatten sich auch die Freisinnigen beteiligt, die es auch ganz in der Ordnung finden, daß Junktoren von Junktoren mit einer Danksagung quittiert werden. Die Sozialdemokraten beantworteten aber das Komödienpiel mit einer Solidaritätserklärung mit dem Abgeordneten Hoffmann, dessen Erklärung nur ein Akt der Selbstverteidigung gegenüber einer unerhörten Herabwürdigung eines Abgeordneten und den wiederholten Verlebungen der parlamentarischen Form seitens des Präsidenten gegen ihn und andere Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion war. Am 26. Januar kam Junker Kröcher noch einmal auf die Dinge zurück in einer Erklärung, in welcher er so harmlos war, die verlegende Behandlung, die er den Sozialdemokraten angedeihen ließ, als Wohlwollen zu bezeichnen. Er erklärte weiter, daß er die Haushaltsbefugnisse, die ihm das Unterparlament übertragen hat, künftig rücksichtslos gebrauchen und gegebenenfalls noch eine Verschärfung der Geschäftsausordnung beantragen würde. —

Diese Vorgänge haben eine lebhafte Prellerung hervorgerufen, die an sich recht erfreulich ist. Wird doch dadurch in verstärktem Maße die Aufmerksamkeit auf das Dreiklassenparlament gelenkt, dieses Denkmal der Schande für das preußische Volk. Ist es doch im höchsten Maße beschämend für ein großes Kulturvolk, daß seine Gesetzgebung einer Körperschaft anvertraut ist, die ihr Amt von Geldsäds Gnaden ausübt. Die Klassenteilung, welche die große Masse der erwerbstätigen Bevölkerung jeden Einflusses auf die Zusammensetzung der Volksvertretung beraubt, paßt schon längst nicht mehr in unsere Zeit. Das hat sogar der König von Preußen anerkannt, der in der Thronrede, mit welcher er am 20. Oktober 1908 den Landtag eröffnete, die organische Fortentwicklung des Wahlrechtes als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart bezeichnete.

Die Geburt, die dann von der Regierung unter der Bezeichnung einer Wahlrechtsreform dem Landtag vorgelegt wurde, blieb auch hinter den hochsiedensten Anforderungen zurück. Trotzdem brachte es die reaktionäre Mehrheit fertig, dieses Nachspiel noch weiter zu verschlechtern; und als der Wechselball schließlich mit Schimpf und Schande verscharrt wurde, hat ihm niemand eine Träne nachgeweint. Pflicht der Regierung wäre es nun gewesen, eine neue Vorlage zu machen. Wenn sie auch meint, auf den Willen des Volkes keine Rücksicht nehmen zu brauchen, so hätte sie das verpfändete Königswort dazu nötigen müssen. Aber die herrschende Elite in Preußen ist mächtiger als der König. Die Junktoren fühlten sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen recht wohl und wollen keine Änderung. Sie lassen wie die Nazis im Fels und sie wissen den Einfluss, den das ungerechte Wahlrecht ihnen gewährt, trefflich an ihrer Begeisterung auszunützen. Die Junktoren wollen also keine neuen Wahlrechtsvorlage, und ihr Wunsch ist für die Regierung Befehl. In der Thronrede, mit welcher die gegenwärtige Tagung des Landtages eröffnet wurde, ist von einer Wahlrechtsvorlage mit keiner Silbe die Rede. Man möchte die ganze Wahlrechtsvorlage am liebsten begraben sein lassen, aber das Volk kann auf dieses Ruhebedürfnis der Herrschenden keine Rücksicht nehmen. Laut und vernehmlich schallt der Ruf nach einem gerechten Wahlrecht. Die Arbeiterschaft hat den Kampf aufgenommen. Am 22. Januar fand die erste Heereschau in diesem Jahre statt. In einer riesigen Zahl von Versammlungen haben an diesem Tage in ganz Preußen viele Hunderttausende für ein freies Wahlrecht demonstriert. Diese Bewegung wird nicht erlahmen. Im Gegenteil, sie wird stärker werden und immer größere Dimensionen annehmen. Das preußische Wahlrecht ist eine Frage, die ganz Deutschland interessiert. Wer den Fortschritt will, muß für den Sturm der preußischen Junkturkaste eintreten, die wie ein Alp auf ganz Deutschland lastet. Wie stark der Hass und die Entzündung über die unverschämten Ostelbier ist, das werden die nächsten Reichstagswahlen zeigen. Wenn bei diesen Wahlen das Junkturum die wohlverdiente Niederlage erleidet, dann darf es ein gut Teil der Schuld auf Konts seines Widerstandes gegen eine zeitgemäße Wahlrechtsreform schreiben.

In der Reichstagssitzung vom 28. Januar hat sich der Reichskanzler Bethmann Hollweg anlässlich der Beratung der Verfassung für Elsaß-Lothringen für die Aufrechterhaltung des reaktionären Wahlrechtes in Preußen ausgesprochen. Der Sinn seiner Worte an jener Stelle war der, daß die Einführung eines gerechten Wahlrechtes in Preußen den Sturm der Junkturherrschaft im Reiche zur Folge haben müsse. Das ist ganz richtig, und deshalb nimmt das ganze deutsche Volk an der preußischen Wahlrechtsfrage einen so lebhaften Anteil. Und diese Frage wird, trotz des verzweifelten Widerstandes der Reaktionäre ihre Lösung im Sinne des Volkwillens finden. Die Bewegung ist so umfangreich und mächtig, daß sie sich nicht mehr einzäumen läßt. Es gibt keine Ruhe in Preußen, bis das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eingeführt ist!

Der erste deutsche Frauentag. Die internationale sozialistische Frauenskonferenz, die im vorigen Jahre in Kopenhagen tagte, hat beschlossen, darauf hinzuwirken, daß in jedem Jahre an einem Tage von den politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen eine öffentliche Propaganda für die Gewährung des allgemeinen Frauenwahlrechtes veranstaltet wird. Für Deutschland wird dieser Frauentag am Sonntag, den 1. März stattfinden. An diesem Tage werden an möglichst vielen Städten Demonstrationen versammelt werden, die von der sozialdemokratischen Partei veranstaltet werden. Auch die Gewerkschaften haben ein lebhafte Interesse daran, daß eine imposante Demonstration ausstände kommt. Die Gewährung des Wahlrechtes an die Frauen ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Die Zeit, wo die Frau keine andere Aussage zu erfüllen hatte, als dasheim der Familie freundlich zu gestalten, ist längst vorüber. Die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse werden in immer größerer Zahl zur Erwerbsarbeit herangezogen; sie müssen meist in gleicher Weise wie die männlichen Arbeiter den Kampf ums Dasein führen, und sie sind ebenso wie diese an der Ausgestaltung der Gesetzgebung im arbeiterfreundlichen Sinne interessiert. Unsere Gesetze gestehen aber den Frauen die Gleichberechtigung nicht zu. Von den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperchaften sind sie ausgeschlossen, und auch sonst weist ihnen die Gesetzgebung eine untergeordnete Stellung zu, die mit der Bedeutung, welche die Frau heute im Wirtschaftsleben einnimmt, nicht in Einklang zu bringen ist. In der Befestigung dieses Unrechtes sind wir alle interessiert und deshalb darf auch erwartet werden, daß die Versammlungen am 1. März einen Massenbesuch aufweisen.

Die Nordhäuser Kaufarbeiter-Genossenschaft, die im Jahre 1901 von ausgesperrten Tabakarbeitern gegründet wurde, hat sich im Laufe der Zeit zu einem recht respektablen Unternehmen entwidelt. Die Hauptstube und auch die Mehrzahl der Mitglieder bilden heute die Konsumgenossenschaften, die dabei gleichzeitig einen regelmäßigen Vorruhm garantieren. Die Genossenschaft ist der einzige Betrieb der Kaufabrikindustrie, der mit dem Tabakarbeiterverband im Tarifverhältnis steht. Bei achttägiger Arbeitszeit und jährlich einer Woche Ferien sind die Löhne noch um etwa 25 Proz. höher als bei der Konkurrenz. Im vorigen Jahre konnte der Betrieb in das eigene Grundstück verlegt werden. Die Genossenschaft versendet jetzt ein geschmackvoll ausgestattetes Werk, welches ihre Entwicklung schildert und in zahlreichen Bildern die Betriebsanlagen, Arbeits- und Lagerräume wiedergibt. Gleichzeitig wird der Produktionsprozeß kurz geschildert. Das Buch zeigt, daß die unvermeidlichen Mindererkrankheiten nunmehr endgültig überstanden sind und die genossenschaftliche Eigenproduktion auch auf diesem Gebiete Fortschritte macht. Unsere Kollegen können diese Entwicklung durch Bezug ihrer Waren aus den Konsumvereinen wesentlich unterstützen.

Die ortsbüchlichen Tagelöhne spielen in der sozialen Gesetzgebung eine nicht unbedeutende Rolle. Nach § 8 des Krankenversicherungsgesetzes wird der Betrag des ortsbüchlichen Tagelohns gewöhnlicher Tagearbeiter von der höheren Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Gemeindebehörde festgesetzt. Diese Festsetzung findet für männliche und weibliche Personen sowie für Personen über und unter 16 Jahren besonders statt. Für die Vermessung der tatsächlich zu zählenden Löhne ist dieser ortsbüchliche Tagelohn nicht maßgebend, aber bei der Bedeutung, die ihm für die Bewertung der Leistungen aus den Arbeiterversicherungsgesetzen innewohnt, haben die Arbeiter ein erhebliches Interesse, darauf zu achten, daß die festgesetzten Löhne öfters einer zeitgemäßen Revision unterzogen werden. Nicht überall wird den veränderten Verhältnissen in gleicher Weise Rechnung getragen, wie die nachstehende Tabelle der ortsbüchlichen Tagelöhne für erwachsene männliche Arbeiter in den Städten über 200.000 Einwohner ergibt, bei welcher der im Jahre 1910 geltende Lohn mit der Festsetzung für das Jahr 1893 verglichen ist. Für die Bewertung des Jahreslohnes sind hierbei 300 Arbeitstage zugrunde gelegt.

	Ortsbüchlicher Tagelohn:	Jahreslohn	
		1910	1893
München . . . .	8,70	1110	690
Berlin . . . .	3,60	1080	810
Charlottenburg . . . .	3,60	1080	750
Nürnberg . . . .	3,60	1080	720
Leipzig . . . .	3,50	1050	800
Düsseldorf . . . .	3,50	1050	720
Stuttgart . . . .	3,50	1050	750
Hamburg . . . .	3,40	1020	780
Frankfurt a. M. . . .	3,40	1020	750
Nürnberg . . . .	3,40	1020	680
Essen . . . .	3,40	1020	720
Dresden . . . .	3,30	990	750
Dortmund . . . .	3,80	990	600
Köln . . . .	3,25	975	750
Quellenburg . . . .	3,25	975	720
Bremen . . . .	3,20	960	900
Kiel . . . .	3,20	960	810
Breslau . . . .	3,00	900	800
Hannover . . . .	3,00	900	720
Magdeburg . . . .	3,00	900	600
Königsberg . . . .	2,75	825	750
Chemnitz . . . .	2,50	750	680
Stettin . . . .	2,50	750	675

Der ortsbüchliche Tagelohn beträgt in diesen 23 Großstädten im Durchschnitt 3,25 Mt. Der durchschnittliche Jahreslohn ist in den letzten 17 Jahren von 717 Mt. auf 975 Mt. gestiegen. Der ortsbüchliche Tagelohn ist mit 3,70 Mt. in München am höchsten bemessen; hier ist auch eine kräftige Steigerung eingetreten. In anderen Städten ist die Steigerung der Lebensmittelpreise nur ungenügend berücksichtigt. Ortsbüchliche Tagelöhne von 2,50 Mt. wie sie für Stettin und Chemnitz festgesetzt sind, entsprechen unbedingt nicht den Verhältnissen. Hier wie auch in anderen Städten wäre eine Revision der Löhne durchaus am Platze.



handlungen nahmen die Kollegen die Gelegenheit wahr, die Ungehörigkeiten und Praktiken des Buchhalters Weisert, die er sich gegen die Arbeiter erlaubte, bei der Geschäftsführung ins rechte Licht zu rücken. Verursachte diese Abrechnungswegung für die Kollegen eine Arbeitseinschränkung von vier Wochen, so wie sie für den Betriebsleiter eine Warnung, aus welcher er lernen konnte, dass sich die Partei nicht ruhig alles gefallen lassen. Aus allen diesen Vorkommnissen werden wohl die Kollegen die Überzeugung gewonnen haben, dass nur in der Organisation die Stärke liegt, um den Tarifstreitungen der Unternehmer ein Ende bieten zu können. Besucht reicher als bisher die Versammlungen, denn nur da können wir die Waffen prüfen, die wir in kommenden Kämpfen brauchen. Ein jeder sei bestrebt, dem anderen vorbildlich zu sein.

Günzenheim. Unsere Zahlstelle wurde im September 1907 mit 12 Mitgliedern gegründet und berechtigte bald zu den besten Hoffnungen. Schon im Dezember desselben Jahres konnten wir 22 Mitglieder melden. Leider hat der Aufschwung nicht angehalten. Gegenwärtig sind überhaupt nur noch 10 Tischler am Orte beschäftigt. Aber auch bei diesen wenigen lässt der Eisener noch zu wünschen übrig. Vor allem fehlen in den Versammlungen die jungen Kollegen. Bei allseitiger reger Anteilnahme am Verbandsleben lassen sich auch die hiesigen Arbeitsverhältnisse heben.

Görlitz. Im Betriebe von Chr. Niederhäuser Görlitz werden die jungen Kollegen noch recht niedrig bezahlt. Dort gibt es noch Tagelöhne von 1—1.50—2 M. Dabei ist die Behandlung eine wenig angenehme. Selbst die älteren Arbeiter erhalten Löhne, die weit hinter denen gleichartiger Orte zurückbleiben. Die Schulz an diesen Zuständen liegt allerdings an den Arbeitern selbst. Anstatt dem Verbande beizutreten und gemeinsam auf die Verbesserung dieser Zustände hinzuarbeiten, streiten sich die Kollegen untereinander und herrscht Reid, wenn der eine eine einmal eine Wart mehr verdient. Das ist der falsche Weg zum Glück. Nur die Solidarität der Arbeiter kann dorthin führen; mögen dochhalb die Kollegen alle an der am 15. Februar stattfindenden Versammlung erscheinen. Dort lässt sich besser über die Lage beraten, als wenn man zu Hause die Faust in der Tasche hält.

Erfurt. In der Nahmen- und Goldleistungsfabrik von Hermann Wallner klagten die beschäftigten Vergoldeter über schlechte Verhältnisse. Der Wechsel der Leute ist daher ein großer, die Firma ist ständig auf der Arbeitersuche. Herr Wallner gehörte früher dem Arbeitgeberverbund an. Als im Jahre 1910 für Erfurt wieder ein neuer Tarif vereinbart wurde, soch er als Vertreter der Unternehmer in der Verhandlungskommission. Nach dem Tarifabschluss weigerte er sich aber die Arbeitsbedingungen, welche er für seine Kollegen festgelegt hatte, im eigenen Betrieb einzuführen. Herr Wallner trat nach dem Tarifabschluss einfach aus dem Schuhverband aus, damit war er aller Verpflichtungen ledig. Die Arbeitszeit beträgt dort 57 Stunden (tariflich 50 Stunden), für Nebenstunden, die oft verlangt werden, wird 10 Proz. Aufschlag gezahlt (tariflich 80 Proz.). Von den Leistungsvergoldern wird über schlechtes Material und unzureichendes Handwerkzeug geklagt. Bei dem Eintritt wird jedem Kollegen dauernde Arbeit versprochen und ein fester Tagelohn zugesichert. Der Tagelohn wird bald in Afferd umgedeutet und bei geringstem Verschulden wird sofort mit Entlassung gedroht. In dem Betrieb sind 15 Arbeiter beschäftigt, dazu 4 Aufseher. Dabei hat es Herr Wallner verstanden, sich aus ungelernten Arbeitern einen Teil seiner notwendigen Arbeitskräfte heranzuziehen, welche bisher allen Organisationsversuchen widerstanden haben. Aber auch den organisierten Vergoldern und Tischlern muss mehr Einigkeit empfohlen werden, denn nur durch ein gutes Beispiel gelingt es, die Unorganisierten zu überzeugen, nur dann können die Verhältnisse gebessert werden. Wer also Lust hat bei der Firma Wallner in Erfurt in Arbeit zu treten, möge sich erst bei der Ortsverwaltung nach den Verhältnissen erkundigen.

Finsterwalde. In der Generalversammlung, die von über 100 Kollegen besucht war, gab der Vorsitzende Kollege Wehle, den Tätigkeitsbericht. Demselben ist zu entnehmen, dass im verflossenen Jahre die Mitgliederzahl von 821 auf 830 stieg. Die geringe Zunahme erklärt sich dadurch, dass infolge der fortwährenden Differenzen am Orte vielfach organisierte Kollegen abreisen müssen. Bei der Wahl des Vorstandes wurde Kollege Wehle als Bevollmächtigter und Kollege Wittchen als Vorsitzer wieder gewählt. Unter Verschiedenem wurde die Lokalverwaltung ersucht, beim Hauptvorstand zu beantragen, über Finsterwalde die Sperre zu verhängen. Diese sollte nicht notwendig, da hier viele verheiratete Kollegen arbeitslos sind und dieselben, trotzdem Arbeiter gesucht werden, nicht eingestellt werden. Außerdem wurden verschiedene Mißstände aus den Betrieben zur Sprache gebracht. Ein ganz besonders trauriger Fall trug sich bei der Firma Hubrich u. Ulrich zu. Dort wurde ein Kollege, welcher mit dem Meister Frey wegen Lieferung des Materials zum Polieren in Konflikt geraten war, gefündigt. Am Tage der Entlassung wurde der Kollege vom Meister infolge eines neuen Konflikts mit den schmutzigen Schimpfworten bedacht. Auch bei der Firma Weise, wo im Februar der Tarif abläuft, sind die Malermeister seine Arbeiterinnen schon wiederholt gefragt, ob sie eventuell misszuordnen würden. Um ihn endlich los zu werden, berührten sie die Frage. Darüber war der Meister so erfreut, dass er jeder Arbeiterin einen Pfannen spendierte!

Gera. Die hiesige Zahlstelle hielt am 15. Januar ihre vierjährige Generalsammlung ab. Außer der Abrechnung über das 4. Quartal 1910 gab Kollege Schulze den Jahresbericht der Verwaltung. Das verflossene Jahr stand danach im Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwungs. Nach einer Übersicht über die Zahl der abgeschlossenen Versammlungen, die im Durchschnitt von 80 Kollegen besucht waren, schilderte Schulze noch den Gang und den Erfolg der Lohnbewegung der Bau- und Möbeltischler. Er gab seinem Publikum Ausdruck, dass das gleiche nicht auch für die hiesigen Werkstättenschaufarbeiter durchgeführt werden könnte, weil die Kollegen dieser Branche noch nicht ausreichend organisiert sind. Weiter wurde noch eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse bei der Firma Gebr. Harnisch (Web-

utensilienfabrik) sowie bei der Firma (Instrumentenplattenfabrik) durchgeführt. Auch für die Modellfischer wurde eine Lohnaufbesserung durch Stellen von Forderungen erzielt. Noch nicht erledigt sind die Forderungen bei den Firmen Moritz u. Rudolf Fahr, Besselmann Bohrer Co. Der in der Holzwarenfabrik von Lindner gemachte Versuch, Verbesserungen durchzudrängen, wurde zurückgestellt. Später hat Herr Lindner die zehntägige Arbeitszeit mit einer Lohnaufbesserung von 2 Pf. die Stunde gewährt. Der Bericht wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Die Debatte hierüber hielt sich im Rahmen des Berichts und wurde der alten Verwaltung Entlastung erteilt. Ferner wurde noch von Kollegen Höhleff der Jahresbericht über den Arbeitsnachweis gegeben. Die Entlastigung der Beitragsklassierer wurde auf 18 M. erhöht pro Quartal für die Stadt. Für die Klassierer auf dem Lande soll bis zur nächsten Versammlung die Verwaltung eine Vorlage machen.

Hamburg. (Siedlmauer.) Soviel im Jahre 1909 als auch im verflossenen Jahre versuchten wir, durch einen Streit unsere äußerst schlechten Verhältnisse zu bessern. Leider ist es uns in beiden Fällen nicht gelungen, etwas wesentliches dabei zu erreichen. Schuld daran ist vor allen Dingen das Kleinmeistertum, das am hiesigen Orte sehr stark vertreten ist. Wenn man sich vor Augen hält, dass hier circa 100 Meister sind, die bei guter Geschäftslage 70 Kollegen beschäftigen, kann man sich ein Bild machen, wie schwer es ist, unter den Kollegen zu agieren. Hinzu kommt noch, dass diese Krauter mit Vorliebe junge Kollegen, die erst vom Lande zugereist kommen, beschäftigen, da hier fast ausschließlich Reparaturen gemacht werden und aus diesem Grunde nicht gerade die tüchtigsten Kräfte benötigt werden. Die Löhne sind aus diesem Grunde auch äußerst verschieden. Stundenlöhne von 40 bis 65 und 70 Pf. sind hier zu verzeichnen. Da die Behandlung bei diesen Herren Annunzmeistern viel zu wünschen läuft, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. Dagegen ist das Geld bei diesen Größen meistens ähnlich knapp. Da kann es nämlich sehr leicht vorkommen, dass ein Kollege, der die ganze Woche gearbeitet hat, am Sonnabend vielleicht 5 M. von seinem Lohn erhält, weil der Meister über größere Varmittel nicht verfügt. Nicht viel besser liegen die Dinge in den Fabriken. Bei Sachs u. Sohn sind 7 Kollegen beschäftigt, welche bei 9½-stündiger Arbeitszeit einen Stundenlohn von 47 Pf. erhalten. Leider sind in diesem Betrieb nur 2 Kollegen organisiert, so dass an eine Besserung in diesem Betrieb nicht gedacht werden kann. Bei Hanape haben die Kollegen im verflossenen Jahre eine Lohnerhöhung von 4 Pf. erreicht, so dass dort der Durchschnittslohn 54 Pf. beträgt. Leider besteht auch hier noch die 9½-stündige Arbeitszeit. Leider sind die Verhältnisse bei Gebrauder Kruse, dort besteht die 9½-stündige Arbeitszeit bereits 12 Jahre. Der Lohn schwankt dort zwischen 51 und 58 Pf. In den beiden Waggonfabriken ist schon seit einigen Jahren ein derart schlechter Geschäftsgang, dass mit Erfolg nichts unternommen werden kann. Eine im November verflossenen Jahres aufgenommene Statistik ergab folgendes: Beschäftigt waren in Kleinbetrieben 66 Kollegen, davon 48 organisiert, in den Fabriken 50, 35 organisiert. Der Durchschnittslohn betrug 44,8 Pf. pro Stunde bei 9½-stündiger Arbeitszeit. In 7 Betrieben besteht die 9½-stündige Arbeitszeit. Daraus können die Kollegen ersehen, dass hier nicht die besten Verhältnisse bestehen. Den Kollegen am Orte aber ist zu empfehlen, regelmäßig unsere Versammlungen zu besuchen, nur dadurch wird es uns möglich sein, diese traurigen Zustände zu beenden.

(Modellschreiner.) In der am 14. Januar stattgefundenen Mitgliederversammlung erstaunte Sektionsführer Baumwolff den Jahresbericht, aus dem hervorgeht, dass das verflossene Jahr für uns ein sehr bewegtes gewesen ist. Durch die Lohnreduzierung und die Behandlungswweise in verschiedenen Modellsfabriken waren die Kollegen gezwungen, in einen Abwehrkampf einzutreten. Nach langer zäher Auseinander stand der Kampf sein Ende mit einem Resultat, das als günstig zu bezeichnen ist. Die Mehrzahl unserer Kollegen war an dem Werstarbeiterstreit beteiligt, der leider nicht das gebracht, was unbedingt hätte erreicht werden müssen. Die Lohnbewegung in den Maschinenfabriken ist noch zu keinem für uns günstigen Resultat gekommen, doch dürfen auch hier unsere Hoffnungen auf ein Gegenüber nicht zu hoch gespannt werden. Vielmehr geben uns die Maschinenfabriken auf jener Seite die Worte für das kommende Jahr: „Rüstet nach wie vor zu neuen Kämpfen! Rüstet die Säumigen auf!“ Nur eine nach innen und außen gefestigte Organisation ist in der Lage, diesem Schachmatturn etwas abzuringen. Die Sektionsversammlungen waren im Durchschnitt von 75 Kollegen besucht. Wohl ist der Versammlungsbefund gegen früher wesentlich gestiegen, doch muss er in der Zukunft noch besser werden. Eine im April 1910 aufgenommene Statistik, die sich auf 46 Betriebe mit 213 Arbeitern erstreckte, von denen 175 im Holzarbeiterverband organisiert sind, ergab für 205 Kollegen einen Durchschnittsverdienst von 65,4 Pf. Eine zweite Statistik, die im Dezember aufgenommen wurde und sich auf 50 Betriebe mit 244 Arbeitern erstreckte, davon 212 Verbandsmitglieder, ergab folgende Durchschnittsverdienste: Werften 69,5 Pf., Maschinenfabriken 65,7 Pf., Eisengießerei 67,6 Pf., Modellsfabriken 71,9 Pf. Gesamtdurchschnitt 68,5 Pf. — Kollege Dammer erstattete hierauf den Bericht der Werft-Ortskommission. Bei der Wahl der Sektionsleitung wurde Kollege U. Baumwolff wieder zum 1. Vorsitzenden gewählt. Von verschiedenen Kollegen wurde scharfe Kritik an der Zentral-Kommission in Magdeburg geübt. Diese Institution ist für die Kollegenschaft Deutschlands geschaffen und sei es Pflicht derselben, speziell bei größeren Streits in Tätigkeit zu treten. Das ist ein großer Fehler. Das Eingreifen bei Streiks und Lohnbewegungen gehört nicht zu den Aufgaben der Zentral-Kommission. (Ach) Das sei leider bei den Streiks hier in Hamburg nicht der Fall gewesen, sondern es muss ausgesprochen werden, dass da die Zentral-Kommission vollständig versagt hat. Zum Schluss der von 99 Kollegen besuchten Versammlung wird noch über die in einigen Betrieben bestehenden Differenzen berichtet. Die ehemaligen Friede hier am Orte noch recht fraglich ist. Zum mindesten verlangen wir von jedem organisierten Kollegen,

da er nach Hamburg kommt, dass er sich mit der hiesigen Sektionsleitung in Verbindung setzt. Adresse: U. Baumwolff, Lindenallee 23, 1. Umfragen und briefliche Anfragen bei den Fabriken ist nicht statthaft.

Klingenthal. Unser Bezirk umfasst sechs Ortschaften mit rund 18 000 Einwohnern, die sich vornehmlich mit der Herstellung von Zug- und Mundharmonikas und Geigen beschäftigen. Bessere Instrumente werden nur einzeln von alleinstehenden Handwerkern gebaut. Die meisten Arbeiter der Musikinstrumentenindustrie sind Heimarbeiter, die die einzelnen Bestandteile zu den Fabriken zusammenge stellt werden. Der Durchschnitts-Wochenverdienst beäussert sich nun auf 8 bis 10 M. bei einer Arbeitszeit von 14 bis 16 Stunden, mitunter sogar 18 Stunden. Frau und Kinder müssen mitarbeiten, wenn die Leute etwas mehr erreichen wollen. Dabei müssen die Leute meist recht lärmäßig wohnen und ihr Leben fristen. Mit einer Stube und Bodenammer müssen die meisten Familien der Heimarbeiter vorlieb nehmen. Für die Geigenmacher ist der Hauptmarkt der Exporteure Marktneukirchen. Die Heimarbeiter müssen mit ihren fertigen Waren per Wahn dorthin fahren, oder sie müssen oft zwei Stunden Fußweg zurücklegen und einen halben Tag auf ihre Kosten verbringen. Die kleinen Bestandteile zu der Geige liefern der Exporteur, der den Betrag hierfür vom Lohn abzieht. Der Verdienst beäussert sich ebenfalls auf 8—12 M. wöchentlich bei einer Arbeitszeit von 14 bis 16 Stunden täglich mit zwei erwachsenen Arbeitskräften. Erwähnt sei, dass in der Harmonika-Branche sich Heimarbeiter befinden, die je nach Fertigstellung der Bestandteile nur einen Wochenverdienst von 4—7 M. erreichen können. Durch Schleuderfunktion verursacht durch Überproduktion, ist es seit mehreren Jahren dahin gekommen, dass unsere Instrumente Massenartikel geworden sind. Der Unternehmer kultiviert die Preise ohne Rücksicht darauf, ob der Verdienst ausreicht, die Arbeiterfamilien zu ernähren. Wir haben hier nur diesen einzigen Industriezweig. Unsere Umgegend hatte vor Jahren Gelegenheit, andere Industriezweige einzuführen, aber gewisse interessierte Herren haben dafür gesorgt, dass es nicht so weit gekommen ist. Unsere Gegend bleibt anderen Ortschaften gegenüber zurück in der Entwicklung, da bei der armen Arbeiterschaft auch die Gewerbetreibenden wenig umsehen können. Wir gehen noch schlimmeren Zeiten entgegen. Unsere jungen Arbeitskräfte sind gezwungen, auszuwandern, wenn sie nicht in der Heimat im Elend verkommen wollen. Kollegen! Hier muss Abhilfe geschaffen werden und das kann nur geschehen, wenn eine gut organisierte Arbeiterschaft dem Unternehmertum ein Halb entgegenruft und selbst für besseren Lebensunterhalt sorgt. Kollegen, kommt in die Versammlungen, um Aussprache herzuführen, denn es wird Zeit bei uns, ganz energisch Agitation zu treiben.

Wln. (Modellschreiner.) In der Januarversammlung wurde die bisherige Sektionsleitung wieder gewählt. Aus dem vom Kollegen Overdien erstatteten Jahresbericht war zu entnehmen, dass die Kollegen sich in diesem Jahre etwas rühriger gezeigt haben. Neuaufnahmen waren 47 zu verzeichnen, die Gesamtzahl der Mitglieder betrug am Schluss des Jahres 125. Einige Betriebe lassen mit ihrem Organisationsverhältnis allerdings sehr zu wünschen übrig, so zum Beispiel die Gasmotorenfabrik in Deutz und die Bahnhofshalle Maschinenfabrik. Meistergutig dagegen ist die Organisation in der Maschinenbauanstalt Humboldt zu nennen. Der Unterschied im Organisationsstand tritt auch in der ganzen Behandlung und im sonstigen Arbeitsverhältnis sehr deutlich zutage. In der Bahnhofshalle Maschinenfabrik sind noch durchaus wilde Verhältnisse zu verzeichnen. Bei gutem Geschäftsgang werden Überstunden bis ins Ungeheure ohne jede Entschädigung verrichtet. Etwa sich weigernde Kollegen werden entlassen. Im Herbst sind den Kollegen zweimal hintereinander Wohnabzüge von je 5 Pf. also zusammen 10 Pf. pro Stunde gemacht worden. Die Unorganisierten erklärten sich in apathischer Gleichgültigkeit damit einverstanden und die Organisierten waren an Zahl zu schwach, um dagegen etwas unternehmen zu können. In der Modellsfabrik Peter Koch erreichten die Kollegen durch gemeinsames Vorgehen im Frühjahr eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 8 Pf. pro Stunde. Die Arbeitszeit wurde am Schluss des Jahres 1909 ebenfalls um drei Stunden pro Woche verlängert. Gegenwärtig ist in verschiedenen Modellsfabriken, so z.B. bei Peter Koch, Arbeitsmangel vorhanden. Dieses führt dazu, dass von Seiten des Meisters den Kollegen Schikanen bereitet werden. Einige von den besten Kollegen haben deswegen den Betrieb schon verlassen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch darauf hinweisen, dass das leidige briesische Anfragen nach Arbeit, speziell in diesem Betrieb, seitens der auswärtigen Kollegen durchaus nicht in ihrem Interesse liegt. Die Kollegen sollten doch ihre Anfragen zunächst nach dem Bureau des Verbandes, Seeverinstraße 199, richten. Die Sektionsversammlungen finden jeden zweiten Samstag im Monat im Volkshaus statt.

(Kotlarbeiter.) Den Kollegen in der hiesigen Kotschneider von U. Blatz ist vom Gruber mitgeteilt worden, dass sie sich nach anderer Arbeit umsetzen müssten, er könnte in Zukunft nur noch zwei Männer beschäftigen. Für die Kollegen bedeutet dies entweder einen anderen Beruf zu ergriffen oder vom Orte abzuziehen. Es kommt sonst nur noch ein kleines Geschäft mit zwei Mann in Betracht. Da es sich um verheiratete ältere Kollegen handelt, hat es mit der Weise keine Schwierigkeiten. Es ist nun nicht ausgeschlossen, dass der Firma nur daraus zu tun ist, billigere Arbeitskräfte von auswärts zu bekommen. Für letzteren soll ersuchen wir die Kollegen dringend, keine Arbeit nach hier anzunehmen, überhaupt jeden Zugang von Kotschneider nach Wln. fernzuhalten. Die Kollegen bekommen hier 4 M. Tagelohn. Das mag für manchen auswärtigen Kollegen verlockend erscheinen, jedoch in Abetracht der hiesigen teuren Verhältnisse ist dies ein durchaus geringer Lohn. Bei noch weniger Verdienst ist überhaupt kein Auskommen möglich. Trotz ihres geringen Verdienstes sind die hier in Betracht kommenden Kollegen sehr pünktliche Beitragszahler, an denen sich manche andere Kollege am Orte der bedeutend mehr verdient, ein Beispiel

nehmen könnte. Die Kollegen verbreiteten also, daß ihnen Solidarität in jeder Beziehung anteil wird.

**Mulda.** Mit den in der Holzwarenfabrik Gründig u. Co. in dem benachbarten Weignandsdorf beschäftigten Kollegen sollte am 16. Januar eine Werkstattversammlung abgehalten werden, die aber nicht stattfinden konnte, da nur 5 Kollegen erschienen waren und darunter noch einige unorganisierte, welche aber nur kamen, um der Firma wieder mitzuteilen, was in der Versammlung gesprochen wird. In dem erwähnten Betriebe werden nächsten Sonnabend wegen Arbeitsmangel wieder 14 Arbeiter auf die Straße gesetzt und dennoch halten es die Kollegen nicht für nötig, eine Versammlung zu besuchen. Die Verhältnisse sind hier in jeder Beziehung sehr rückständig. Bei voller Beschäftigung beträgt die Arbeitszeit 60 Stunden bei einem Stundlohn von 22 Pf., im günstigsten Fall bis 80 Pf. Schlußvorträgen an Waschstühlen und Transmissionsen sind sehr mangelhaft und in hygienischer Beziehung läßt der Betrieb alles zu wünschen übrig. Wenn die Kollegen ihre Gleichgültigkeit nicht ablegen, dann dürfte es noch lange dauern, bis hier einmal bessere Verhältnisse geschaffen werden können. Auch in der Fabrik Wulda ist die Gleichgültigkeit der Mitglieder sehr groß. Die Generalversammlung am 21. Januar war sehr schwach besucht. Auch in Mulda sind die Arbeitsverhältnisse noch sehr rückständig. Darum muß es Aufgabe eines jeden Kollegen sein, seinen Mitarbeiter in den Verband zu bringen und die Versammlungen regelmäßig zu besuchen. Dann wird es auch hier möglich sein, einmal menschenwürdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen.

**Nürnberg.** (Bleistiftarbeiter.) Die am 16. Januar stattgefundene Generalversammlung brachte in der Besetzung der Sektionsleitung wenig Aenderung. An Stelle des Kollegen Tischler wurde als zweiter Vorsitzender Kollege Glössinger gewählt. Als ein Fortschritt darf es bezüglich werden, daß die Sektionsleitung um zwei Kollegen einen verstärkt wurde. Seit der letzten großen Bewegung ist ein starkes Herabtreten der weiblichen Mitglieder zu beobachten, was sich auch auf der Generalversammlung bemerkbar macht. In Arbeit durfte es auch in diesem Jahre kaum fehlen. Es sind noch die Arbeiter der Weltfirma A. B. Krämer in Stein sowie Topitsch u. Voit vollständig zu organisieren. Aber auch in den eigenen Reihen gibt es sehr viel zu tun. Seitdem die Unternehmer zu höheren Ausgangslöhnen gezwungen sind, wird das Heer der Jugendlichen in den Fabriken immer stärker, besonders die Mädchen. Es wird in Zukunft unsere Aufgabe sein müssen, dieselben recht bald an den Gedanken der Organisation zu gewöhnen. Jedenfalls muß diese Anregung in den nächsten Versammlungen Gegenstand eifriger Diskussion werden. Der Geschäftsgang ist gegenwärtig außerordentlich flott, fast durchweg werden Lieferungen verlangt. Wir werden dabei sehr vorsichtig sein müssen, um nicht schließlich einen gewaltigen Rückstich herbeizuführen. Kolleginnen, Kollegen! Ein stetig wachsendes Auge, regelmäßiger, fleißiger Versammlungsbesuch, ein einiges, getreues Zusammenarbeiten, das muß in diesem Jahr unsere Aufgabe sein. Darum fleißig ans Werk, arbeite ein jeder mit!

**Bacham.** Ein starker Arbeiterwechsel herrscht hier bei dem Tischlermeister Behrendt. Hat er eben seine Rude voll Leute, so fängt er auch schon wieder an, welche herauszudrängeln. Hierbei versöhnt er dermaßen, daß er Kollegen, welche schon längere Zeit bei ihm arbeiten, als Grund angibt, sie verdiensten den gezahlten Lohn (30—33 Pf.) nicht, oder die Arbeit ist mit einem Maile nicht zu gebrauchen. Auch will Herr Behrendt die Altkordarbeit einführen, ancheinend, um den bestehenden Vertrag zu umgehen. Nach diesem soll unter 30 Pf. Stundlohn nach Möglichkeit nicht gezahlt werden. Dagegen glaubt er wohl, bei Altkordarbeit die Kollegen auch mit 6—12 Ml. die Woche nach Hause schicken zu können. Ferner verlangt der Meister von einem Kollegen 14 tägige Kündigung, einen anderen entläßt er sofort. Ein Kollege ist in der Ortskantensäfe, die anderen sind in der städtischen Kasse, modur durch den Meister ein paar Pfennige Krankenfassanbeitrag spart, unsere Kollegen im Krankheitsfalle aber den Schaden durch weniger Krankengeld haben. Vor einiger Zeit wurde ein Kollege krank, trotzdem er schon verschiedene Wochen bei Behrendt gearbeitet hatte; war derselbe doch nicht in der Kasse angemeldet. Die Beiträge hatte der Meister aber vorschlagsmäßig jeden Sonnabend abgezogen. Durch einmütiges Zusammensetzen der vorstehend beschäftigten Kollegen werden sich derartige Mißstände schon beseitigen lassen. Die reisenden Kollegen werden gebeten, sich vor Arbeitsannahme bei der Ortsverwaltung zu erkundigen.

**Schönebeck a. E.** (Werktarbeiter.) Durch den in der Nr. 2 veröffentlichten Bericht der Sektion der Werktarbeiter in Pirna ist für unsere Branche Anregung gegeben, welche, wenn sie richtig befolgt wird, zum Vorteil der Kollegen sowohl wie des Verbandes gereichen muß. So ähnlich wie die Verhältnisse von Pirna geschildert sind, so liegen sie auch in den Orten, die zum Gau Magdeburg gehören, wo die Kollegen zum größten Teil unorganisiert sind. Auf den Werken in Schönebeck, Grünwalde und Westerhüsen war die Arbeitsgelegenheit bis dato im allgemeinen befriedigend, dagegen scheint in den übrigen Orten, wie aus dem starken Zugang nach hier geschlossen werden kann, die Verhältnisse sehr im Ausgangsgebiß begriffen zu sein. Es kommen hier die Werken von Aken, Barby, Mühlberg und Magdeburg und auch die am Kanal domicilierten in Frage. Die Überproduktion verhindert diese Miserie, und die Zerrissenheit innerhalb unserer Brandenfelzkollegen liefert den Rohstoff für das jährlinge Kreisen der Werktarbeiter. Einige Zahlen mögen unsere Behauptung beweisen. In Alteben erhalten die Kollegen einen Lohn von 32 Pf. pro Stunde, alles unorganisiert. In Aken 39 Pf. zum Teil organisiert. In Mühlberg 32 Pf. von Organisation keine Rede. In Barby haben sich die Kollegen vor einem Jahre im Schiffzimmereerverband organisiert, erhalten jetzt 27 Pf. pro Stunde. Auch in Magdeburg und Rogätz kann von einer Organisation nicht gesprochen werden. In Schönebeck und Westerhüsen sind die Kollegen gut organisiert, da von Seiten des Holzarbeiterverbandes in den letzten Jahren bedeutende Vorteile für die Kollegen herausgeholt wurden, welche dazu beitragen, daß das Interesse für die Organisation bedeutend geweckt wurde.

Doch ist auch hier noch ein gewaltiges Stück Aufklärungsarbeit zu verrichten. Die Kollegen in Grünwalde sind z. B. noch nicht zum Befreiung für die Organisation zu bewegen gewesen. Die dortigen Kollegen glauben es nicht nötig zu haben, weil durch das Vorgehen der hiesigen Kollegen auch ihre Löhne steigen, doch müssen sie sich mit 2 Pf. pro Stunde weniger begnügen. So zeigt auch unser Bericht, daß es notwendig ist, daß der auf dem Verbandstag in München dem Vorstand überreichte Antrag auf Einberufung einer Konferenz der zum Holzarbeiterverband gehörenden Werktarbeiter der Minen- und Seeschiffswerften unter Hinzuziehung von Vertretern des Schiffzimmereerverbandes baldigst stattgefunden wird. Der Erfolg wird für die Organisation sowie für die Kollegen nicht ausschließen, wenn die Kollegen ihre Interessen durch eine zu bildende Zentralkommission gehobt sehen.

**Sprottau i. Schl.** Wahrschafit ideale Zustände herrschen hier, allerdings nur für die Meister, für die Arbeiter sind die Verhältnisse weniger angenehm. Der Höchstlohn beträgt 32 Pf. die Stunde, doch haben wir Betriebe, in denen bei gleichlanger Arbeitszeit 12 bis 15 Ml. Stundlohn bezahlt wird. An der Erkenntnis, daß nur durch eine starke Organisation eine Aenderung dieser Verhältnisse herbeizuführen ist, hatten sich mehrere Kollegen dem Deutschen Holzarbeiterverband angeschlossen. Durch einen anonymen Brief erhielt der Obermeister der Innung Kenntnis von dieser Missstat. Dieser Herr stellte nun drei bei ihm beschäftigte organisierte Kollegen vor die Alternative, entweder schriftlich ihren Austritt aus der Organisation zu erklären oder seinen Betrieb zu verlassen. Gleichzeitig stellte er eine Prozentuale Lohnerhöhung in Aussicht. Der Mann scheint kein Gefühl für das Unzuständige seiner Handlungsweise zu haben, die überdies wider die guten Sitten verstößt. Von der Existenz des § 152 der Gewerbeordnung, der den Arbeitern das Kostentlastungsrecht gewährt, leistet, hat Herr Hentschke obgleich Stadtverordneter, Vorsitzender des Gewerbevereins usw. anscheinend überhaupt keine Ahnung. Er erklärt es auch mit seiner Würde als Vorsitzender der Schützengilde und Kirchenvorstandsmittel unvereinbar, daß er Verbandsmitglieder in seinem Betrieb beschäftige!!! Von den verschrobenen Ideen, die er unseren Kollegen sonst noch vorstellt, wollen wir lieber schweigen. Die drei Kollegen zogen es vor, lieber auf die Arbeit in diesem Paradies zu verzichten, als ihr Kostentlastungsrecht preiszugeben. Wir bitten also die Kollegen im Weiche, schon in ihrem eigenen Interesse, falls sie nicht die Absicht haben sollten, sich als Hungertunstler auszubilden, unseren Ort und speziell den Betrieb des Herrn Hentschke zu meiden.

## Kollegen! Besucht regelmäßig die Versammlungen! :: :: :: :: :: :: ::

**Trausnitz in der Oberpfalz.** Hier und in der Umgebung wohnen eine Anzahl Worbemacher, die ein recht hämmisches Leben führen. Die Worbemacher, wie sie sich nennen, machen Störte für landwirtschaftliche Zwecke und verdienen bei unendlich langer Arbeitszeit, wenn es gut geht, 8 Ml. die Woche. In ihrer Not haben sich jetzt die Worbemacher an den Holzarbeiterverband gewendet. Es fand auch schon vor einiger Zeit eine Versammlung statt, die einen guten Erfolg brachte. Nun wurden aber auch die Schwarzen aufmerksam. Sie, die sich so lange nicht um die Worbemacher kümmert hatten, entdeckten jetzt ihr warmes Herz. Zugleich Gescheh vor, daß dem alleinigmachenden Zentrum Wahlstimmen verloren gehen könnten. Kützlich hat nun der Bürgermeister selbst eine Zentrumsversammlung einberufen, in welcher ein Repräsentant aus München den Worbemachern Versprechungen machen möchte. Aber es ist mit die kürzlichste Geellschaft zu spät. Die Arbeiter sind aufgemacht, und sie empfinden Ekel vor der geistigen Kost, die ihnen das Zentrum bietet. Unsere Kollegen werden aber bemüht sein, das ausgetretene Samenkorn zu pflegen und das zu tun, was die schwarze Gesellschaft bisher verabsäumt hat, nämlich, die wirtschaftliche Lage der Worbemacher zu heben.

**Wilsau.** In der am 22. Januar abgehaltenen Generalversammlung gab Kollege Kröner den Jahresbericht. Erstellt ist, daß trotz der starken Zulastenung auch in diesem Jahre ein Aufschwung zu verzeichnen war. Daß dieses sehr nötig ist, beweist die hohe Krankenzahl, denn 16% Proz. der Mitglieder erhielten Krankenunterstützung. Von 128 Mitgliedern am Schlus des Vorjahrs sind 61 Mitglieder abgestoßen, 54 sind zugereist, 34 wurden neu aufgenommen. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 136. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß im Jahre 1902 ganze zwei Mitglieder zu verzeichnen waren. Daß wir trotz der Schäden und Hindernisse seitens der Arbeitgeber eine so hohe Mitgliederzahl erreichten, zeigt, daß die Kollegen eifrig gearbeitet und agitiert haben zum Wohl des Verbandes, und damit zum Wohl ihrer selbst, denn nur eine starke Organisation hat Erfolge. Das lehrt auch die Lohnbewegung in dem einen Betrieb, wo ganz ansehnliche Verbesserungen der Löhne und Arbeitszeitverkürzung erzielt wurden. Allen Eindruck rufen wir daher auf, neue zu schließen und endlich einmal in dem größeren Betrieb etwas erzielt werden kann.

## Sterbetafel

1. Johann Schippmann, Bürstenmacher, 20 Jahre alt, gest. 27. Dezember 1910 zu Elmshorn. (Bauch- und Rippenfellentzündung.)
2. Heinrich Tröger, Tischler, 67 Jahre alt, gest. 28. Dezember 1910 zu Braunschweig. (Blutergiftung.)
3. Ludwig Güsslich, Tischler, 44 Jahre alt, gest. 2. Januar 1911 zu München. (Lungenentzündung.)
4. Weinhauer, Schirmacher, 31 Jahre alt, gest. 29. November 1910 zu München. (Lungenentzündung.)
5. Heinrich Bachmann, Stellmacher, 50 Jahre alt, gest. 4. Dezember 1910 zu Kassel. (Lungenentzündung.)

**Felix Ewald, Tischler, 22 Jahre alt, gest. 12. Dezember 1910 zu Kassel. (Gehirnentzündung.)**

**Andreas Nagel, Tischler, 46 Jahre alt, gest. 14. Dezember 1910 zu Kassel. (Herzenleiden.)**

**Jean Mohsleier, Polizei, 38 Jahre alt, gest. 2. Januar 1911 zu Darmstadt. (Gehirnentzündung.)**

**Ludwig Förster, 30 Jahre alt, gest. 1. Januar 1911 zu Fürth. (Lungenentzündung.)**

**Leonhard Seifert, 48 Jahre alt, gest. 23. Dezember 1910 zu Fürth. (Krebs und Leberkrebs.)**

**Theolla Kopf, 29 Jahre alt, gest. 2. Januar 1911 zu Fürth. (Hirnhautentzündung.)**

**Theodor Nöller, Tischler, 31 Jahre alt, gest. 6. Januar 1911 zu Kiel. (Lungenentzündung.)**

**Eduard Kribe, Drechsler, 22 Jahre alt, gest. 24. November 1910 zu Offenbach (Lungenentzündung.)**

**Sigismund Blaß, 51 Jahre alt, gest. 8. Januar 1911 zu Fürth (Herzenleiden.)**

**Hermann Rischpeter, Tischler, 35 Jahre alt, gest. 12. Januar 1911 zu Leipzig (Schwindflucht.)**

**Karl Thiele, Stahlbauer, 52 Jahre alt, gest. 14. Januar 1911 zu Leipzig (Lungenentzündung.)**

**Alfred Steinbrück, Tischler, 21 Jahre alt, gest. 9. Januar 1911 zu Gartha.**

**Johann Kürbach, Tischler, 53 Jahre alt, gest. 22. Dezember 1910 zu Nürnberg (Folge einer Operation.)**

**Paul Lopel, Tischler, 28 Jahre alt, gest. 10. Januar 1911 zu Stolp (Blinddarmentzündung.)**

**Johannes Gräf, Maschinentechniker, 52 Jahre alt, gest. 10. Januar 1911 zu Stuttgart.**

**Louis Angerbauer, Stabermacher, 58 Jahre alt, gest. 24. Dezember 1910 zu Stuttgart (Lungenentzündung.)**

**Karl Essig, Stabermacher, 24 Jahre alt, gest. 24. Dezember 1910 zu Stuttgart (Lungenentzündung.)**

**Michael Wolther, Tischler, 38 Jahre alt, gest. 10. Januar 1911 zu Bamberg (Lungenentzündung.)**

**Heinrich Molte, 32 Jahre alt, gest. 9. Januar 1911 zu Essen (Unfall.)**

**Georg Hasch, Tischler, 60 Jahre alt, gest. 21. Januar 1911 zu Schwiebus.**

**Josef Birke, Tischler, 47 Jahre alt, gest. 25. Januar 1911 zu Plauen.**

**Ella Roth, Zelluloidarbeiterin, 19 Jahre alt, gest. 21. Januar 1911 zu Leipzig.**

**Katharine Hassold, Pinselmacherin, 53 Jahre alt, gest. 17. Januar 1911 zu Nürnberg.**

**Karol Bölk, Pinselmacher, 40 Jahre alt, gest. 19. Januar 1911 zu Nürnberg.**

## Chreihrem Andenken! Die Ortsverwaltungen.

### Unsere Lohnbewegung.

In Bürgel i. Thür. hat die Lohnbewegung der Stodarbeiter insofern einen kleinen Erfolg zu verzeichnen, als zwei kleinere Betriebe die Forderung der Arbeiter bewilligt haben. zwar konnte dort die Arbeit noch nicht in vollem Umfang wieder aufgenommen werden, doch haben sich beide Unternehmer verpflichtet, bei Neuinstellung von Arbeitern zunächst die vor dem Streit im Betriebe beschäftigt gewesenen zu bevorzugen. Trotz der schwachen Lizenzen des Unternehmertums ist es der Streitleitung doch möglich gewesen, eine ganze Reihe von Kollegen auswärts unterzubringen. Zuletzt hat der Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Gewerbegerichts beiden Parteien die Vermittlung angeboten. Mit Erfolg können wir konstatieren, daß die Stodarbeiter Deutschlands ein stark ausgeprägtes Solidaritätsgefühl besitzen, da bis jetzt noch kein einziger zugereister Stodarbeiter hier zu verzeichnen ist. Mögen die Kollegen allerorten uns in unserem Kampfe in dieser Weise weiter unterstützen.

In Spaichingen sind in der Möbelfabrik Bühlert Differenzen ausgebrochen. Im ersten Jahre ihres Bestehens war es dieser Firma schwer, Arbeiter heranzuziehen. Nachdem sich nun aber eine Anzahl verheirateter Kollegen hier niedergelassen haben, sind Abzüge an der Tagessordnung. So wurden jetzt bei den Polizisten die Akteure um 15 bis 40 Proz. gefürchtet. Als die Kollegen sich weigerten, die Arbeit zu herabgelegten Preisen zu machen, wurden sie auf das Pfaster geworfen. Auch bei den Schneidern sieht es nicht viel anders aus. Wir bitten die Kollegen, den hiesigen Ort bis zur Erledigung der schwedenden Differenzen zu meiden.

In Zeitz haben die Arbeiter der Kindervagabondie am Freitag, den 27. Januar, die Kündigung eingereicht. Von 1600 Beschäftigten haben rund 1400 die Kündigung ausgesprochen. Zwei Firmen haben bewilligt. Unsere Kollegen kommen mit 800 Kündigungen in Frage. Die Arbeitgeber schließen eine Verhandlung mit den Organisationen ab. Im übrigen boten sie 8 Stunden Arbeit für 10 Pf. an. Die Kollegen allerorten ersuchen wir, alles mit dieser Sache in Verbindung Stehende an St. Gerhard, Zeitz, Bismarckstr. 14, zu melden.

In Bitterfeld haben infolge des Streits bei drei Firmen die sämtlichen Mitglieder des Schuhverbands am Orte unseren Kollegen die Kündigung überreicht und damit die Aussperzung angedroht. Als Ursache dieser Differenzen gilt die "Handarbeit" bestehenden Unzufriedenheiten über die Handhabung des Tarifs für Bautischlerarbeiten an. In Wirklichkeit handelt es sich um eine grobe Vertragsbruch des bestellten Unternehmers. Diese weigerten sich, die vertragsmäßigen Löhne zu zahlen und alle im vereinbarten Tarif festgelegten Arbeiten auch im Vertrag ausführen zu lassen. Die Unternehmer wollten die bezahlten Arbeiten im Altord und die besseren im Lohnmachen lassen. Trotzdem eine Entscheidung der beiden seitigen Betriebsvorstände dieses Verfahren als ungültig bezeichnet hat, fügten sich die Unternehmer nicht. Am Gegen teil, die am Orte stehenden Schuhverbandsmitglieder wollen ihnen noch durch eine Aussperzung den Rücken stören. Zugzwischen haben nun wieder Verhandlungen mit Vertretern der Betriebsvorstände stattgefunden, doch ist deren Ergebnis noch nicht bekannt.

## Aus der Holzindustrie.

Hirsch-Dundersches.

Schmerzhafte Prügel sind dem Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein der Holzarbeiter verabfolgt worden. Kann man es der „Eiche“ übernehmen, wenn sie heult, und ihrem großen Bruder, dem „Gewerbeverein“, wenn er in das Wehgeschrei mit einstimmt? Unser Verbandsvorstand hat ein Flugblatt herausgegeben, welches die Hirsch-Dundersche Schande verkündet. Wir haben uns im Laufe des vergangenen Jahres wiederholt mit den zum Himmel stinkenden Verrat der Arbeiterinteressen beschäftigt, dessen sich der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein der Holzarbeiter in Hamburg und Stolp schuldig gemacht hat, wo seine Mitglieder nicht nur Streikbruch geübt, sondern wo die artliche und zentrale Leitung des Gewerbevereins sich große Rühe gegeben haben. Streikbrecher zu werben. Diese Taten, die freilich in der Geschichte des Gewerbevereins nichts Neues mehr sind, hat er sich doch früher öfter auf diesem Gebiete betätigt, sind diesmal gründlich festgestellt worden.

Das Flugblatt unseres Verbandes begnügt sich nicht damit, in ruhiger, schlichter Sprache die Hirsch-Dunderschen Geldentzettel zu schildern, am Kopf des Blattes befindet sich ein eigenartiges Bild: Die photographische Wiedergabe von fünf Inschriften, teils der „Eiche“, teils bürgerlichen Tageszeitungen entnommen, in welchen der Gewerbeverein Streikbrecher sucht. Das ist ein Sieb, der sichtbare Dokumente Hirsch-Dunderscher Schande exkludieren noch mehr, aber diese kleine Auswahl genügt vollkommen, und die „Eiche“ ist über ihre Zusammensetzung außer Stand und Band. Zu den Inschriften selbst äußert sie sich freilich nur in einem hilflosen Gestammel. Heber die gravierendsten Anzeigen, durch welche in den Stolper „Neuesten Nachrichten“ und im Grauenz „Geselligen“ 50 bedr. 100 Streikbrecher nach Stolp gesucht werden, weiß das Hirschblatt nicht weiter zu sagen, als daß sie vom Verein Stolp ausgetragen wurden. Als ob dadurch die Schuld der Hirsch-Dunderschen verkleinert würde! Aber auch das, was sie von den Streikbreitgesuchten in der „Eiche“ als Entschuldigung anführt, kann nur ein mitleidiges Lächeln hervorrufen. Oder glaubt die „Eiche“ wirklich ernst genommen zu werden, wenn sie erzählt, die Anzeigen des berühmten für Stolp zuständigen Bezirksleiters Probstowksi, daß „von hier aus mehr als 50 Tischler Arbeit erhalten können, nichts weiter sei als ein harmloses Zuhause“. So etwas glaubt nicht einmal ein Hirsch, geschweige denn ein Mensch mit gesunden fünf Sinnen.

Was die „Eiche“ sonst noch zu dem Flugblatt zu sagen weiß, erinnert lebhaft an den abgestraften Schulbuben, der seine schmerzende Lehrseite reibt, dabei läufig auf den Erzieher schimpft, der ihm die Reinigung auferlegt werden will, und sich im übrigen über die bezogenen Prügel mit dem Vorwürfe tröstet, daß der Läusebubenstrich doch geblüht ist. Wiederholt gibt der Verfasser des Schmerzensschriften in der „Eiche“ seiner Befriedigung über den schmählichen Verteilungsfall der Verbänder Ausdruck. Wir wollen dieserhalb nicht mit ihm rechten, auch nicht untersuchen, ob seine Freude wirklich begründet ist, sondern abwarten, denn — wer zuletzt lacht, lacht am besten. Ebenso versagen wir es uns, noch einmal auf die Geschichte der hier in Betracht kommenden Kampfe in Hamburg und Stolp einzugehen. Wie haben uns an dieser Stelle wiederholt mit den Dingen beschäftigt und das Flugblatt des Verbandes enthält eine knappe, verständliche Darlegung des Sachverhalts. Das die Hirsche der Wehrheit die Ehre leben und ihren Arbeiterkampf eingestehen würden, haben wir selbstverständlich nicht erwartet. Deshalb nehmen wir es auch nicht tragisch, daß die „Eiche“ leugnet, und uns der Unwahrheit zeigt; dem Verfasser des Flugblattes sogar einen Vorwurf macht, daß er wissenschaftlich die Dinge auf den Kopf gestellt habe. Die Streikbrecherinschriften im Kopf des Flugblattes sind harte Dinge, ihre Beweiskraft läßt sich auch durch Ströme von Tinte und Druckerhärze nicht verwischen. Aber wer so gründlich gestäupt wurde, wie in diesem Fall der Gewerbeverein, hat das Recht zu rügen, nach Herzgerlust über den Vorsitzender der Verbände nicht streitig machen.

Der „Gewerbeverein“ spricht im Hörbüch auf das Flugblatt des Verbandes von einem „Verlustungskampf“ und einem „Kampf bis aufs Messer“, den wir gegen den Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein der Holzarbeiter führen. Man auch nur die Mitgliederzahlen der beiden Organisationen vergleichen, um das Vächerliche dieser Phrase zu erkennen. Läßiges Angesichter sucht man allerdings zu verbergen, aber im Hörbüch darauf spricht man doch nicht in einem Kampf bis aufs Messer.

Bei dieser Gelegenheit sei auch dem Fall Treese, in welchem die Gewerbevereinsorgane die Partei des Unternehmers ergreissen haben, noch ein Nachwort gewidmet. „Eiche“ kommt noch einmal in einem längeren Artikel unsrer Darlegungen in Nr. 8 zurück und ist ordentlich auf den Geistreichtum, den sie darin entwirkt. Allerdings reicht der Spiritus nicht viel weiter als zu Metzut. Wir hatten unsern Gegner als dem Augenzeugen das Recht eingeräumt, nach Leibesträßen zu lägen. So sagt die „Eiche“, der Holzarbeiterverband sei der geplagte, also nehm die „Holzarbeiter-Zeitung“ für sich Recht in Anspruch, nach Leibesträßen zu lägen. Fürchter, ein grobhartiger Geistesblitz!

An einer anderen Stelle sucht der „Eiche“-Mann sein ganzes Latein aus dem Fremdwörterbuch zusammen und traktiert uns mit dem Ausruf: „O sancta simplicitas!“ Und worin besteht unsere Einfalt? Wir hatten darauf hingewiesen, daß die „Fachzeitung“ für den Brief des Herrn Treese, den sie abgedruckt hat, nur die preßgesetzliche Verantwortung übernommen habe im Gegensatz zu den Hirsch-Dunderschen Organen, die sich mit der Meinungslehre uns die „Eiche“, daß die „Fachzeitung“ sich hinsichtlich der Zuschrift des Herrn Treese nur deshalb auf die preßgesetzliche Verantwortung beschränkt habe, weil sie diese Zuschrift in die Rubrik „Eingesandtes“ gestellt hat, eine Rubrik, für welche das Blatt stets nur die preßgesetzliche Verantwortung übernehme. Die gute „Eiche“ hat anscheinend immer noch nicht kapiert, daß eine solche Rubrikierung die Bedeutung erkennen läßt, welche die Redaktion der ihr zugegangenen Einsendung bemisst. Nichtsdestoweniger sind wir der „Eiche“ für ihre freundliche Belehrung sehr dankbar; sie steht noch über dem seligen Onkel Bräsig, von dem bekanntlich der tiefste Kritikpunkt, daß die Armut von der Povertet herkommt.

Wir wollen es mit diesen Broben Hirsch-Dunderscher Intelligenz genug sein lassen. Hoffentlich wird man es verstehen, wenn wir einstweilen darauf verzichten, die Diskussion mit einem solchen Gegner fortzusetzen.

**Die Gefahren der Celluloidverarbeitung.** Die Notwendigkeit stärkerer Schutzbestimmungen für die in der Celluloidindustrie beschäftigten Arbeiter hat wiederum einen Unglücksfall errißt, der sich am 14. Januar in der Hamm- und Celluloidwarenfabrik Brunhuber & Co. in Münster ereignete. Zwei große Erfarbeiter mit Celluloidwaren sollten versandfertig gemacht werden. Die Verpackung erfolgt im Kontor, welches zugleich als Bad- und Garderraum dient. Dieses Kontor liegt im Parterre eines zweistöckigen Wohnhauses, an welches das Celluloidlager angebaut ist; dann folgt, an dieses grenzend, das eigentliche Fabrikgebäude.

Am frischen Tage war ein Klempner damit beschäftigt, die Erfarbeiter zu verhindern. Die eine von den beiden Kisten stand schon fertig im Hofe, und der Klempner arbeitete an der zweiten. Da sah der Buchhalter Hauch aus der Kiste emporsteigen. Aufschreckend war beim Lösen das fließende Blut mit dem Celluloid in Verührung gekommen. In der Voraussicht des Kommandanten alarmierte der Buchhalter die Arbeiterschaft, und man begann sofort mit der Bergung der Geschäftsbücher usw., aus dem gefährdeten Kontor. Es war auch schon einiges ins Freie gebracht und die Arbeiter hatten eben den Raum von neuem betreten, da erfolgte die Explosion der Kiste. Die Wirkung war furchtbar. Das ganze Haus wurde zerstört, das Dach stieg in die Luft und sogleich stand alles in Flammen. Von den Arbeitern wurden 20 verletzt, darunter 7 schwer. Ein schwermittlerer mitgenommen wurde ein Krüppel, der schon bei einem früheren Unglück in der Fabrik einen Arm eingeschüttet hatte. Er verlor bei dieser Gelegenheit ein Auge, und der gesunde Arm wurde so schwer verletzt, daß ihm wahrscheinlich auch dieser wird abgenommen werden müssen.

Das Unglück hatte vielleicht verhindert werden können, wenn man stärkeres Blech zur Einballage verwendet hätte. Das ist zwar etwas teurer, bietet aber eine größere Sicherheit gegen das Durchbrennen beim Verdorben. Auch die Vorrichtung der geschilderten Arbeit in einem Hause, welches zugleich Wohnung dient, muß als im höchsten Maße leichtsinnig bezeichnet werden. Der ganze bedauernswerte Vorfall zeigt wieder einmal, wie notwendig ein wirksamer Schutz der Celluloidarbeiter ist. Ob wohl die Celluloidindustriellen auch hier wieder sagen werden, daß es sich um einen „ausgebauten“ Fall handelt, oder daß es möglich gewesen wäre, den Brand durch „Verdrillen der Flammen“ oder durch „einen Eimer Wasser“ zu löschen?

**Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie.** Nach dem Bericht des „Arbeitsmarktsblatts“ war im Monat Dezember 1910 der Geschäftsgang der Sägewerke schwach, zum Teil war jedoch bereits frisches Rohholz vorhanden, so daß die Kampagne beginnen konnte. Die Bauaufsicht war mäßig beschäftigt, dagegen in der Möbelindustrie lag das Geschäft immer noch ruhig. Allerdings wird das Zurückgehen der Aufträge im Großgeschäft als um diese Zeit jährlich wiederkehrend bezeichnet. Möbelfabrikation und Orgelbau waren gut beschäftigt. Bei letzterem zog das Auslandsgeschäft. Bei letzterem zog das Auslandsgeschäft wieder etwas an. Da in diesem Beruf selbst nur wenig Lehrlinge ausgebildet werden, ist öfter Nachfrage nach tüchtigen Arbeitern vorhanden, aus denen der Nachwuchs sich ergeben kann. Die Schuhfabrikation wird von einzelnen Orten als gut und besser wie im Vorjahr bezeichnet, während andere Orte über weniger günstige Gesamtlage berichten. Im Wirkstengeschäft trat die fast regelmäßige Abschaltung im Dezember nicht ein, das Geschäft lag besser als im Vorjahr. Werkliche Arbeitskräfte wurden noch immer verlangt. Für Karabinen wird das Geschäft allgemein noch als günstig bezeichnet, trotzdem infolge Erledigung der Weihnachtsaufträge ein Rückgang gegen den Vorjahr eintrat. Die Wagenbaufabrik berichteten über gute Beschäftigung und klagen über Mangel an tüchtigen, geübten Arbeitern, während im Eisenbahnwagenbau die Betriebs einschränkungen anhielten. Dagegen blieb die Beschäftigung in der Automobilindustrie eine gute.

## Gewerbeschäftliches.

Die Zukunft der christlichen Gewerbschaften ist recht trübe. Die höchste Stelle der katholischen Kirche ist ihnen nicht wohlgestimmt. Der Papst hält, wie aus verschiedenen seiner Kundgebungen ersichtlich, nichts von interkonfessionellen Arbeitervereinen, er wünscht eine Absonderung der katholischen Arbeiter von Andersgläubigen, da das Zusammenwirken mit solchen ihr Seelenheil gefährden könnte. Der

Erzbischof Fischer von Köln, der den christlichen Gewerbschaften freundlicher gesinnt ist, hat vermöge der kräftigen Handsalve, die er auf seiner vorläufigen Pilgerfahrt nach Rom mitgenommen hat, den Gewerkschaftsräten Bardon erlaubt. Wenigstens hat er nach seiner Rückkehr in einem Hirtenbrief verkündet, daß der Papst die christlichen Gewerbschaften nicht verbieten wolle, sondern sie ebenso lieb habe, wie die katholischen Hochstiftungen. Über die Dauer der Freundschaft, die der Papst den christlichen Gewerbschaften entgegenbringt, hat sich Herr Fischer nicht geäußert. Tatsächlich ist aber für das Wohlwollen des Papstes gegenüber den christlichen Gewerbschaften eine Frist festgelegt, worüber das „Neue Jahrhundert“, eine von katholischen Theologen herausgegebene Zeitschrift, in ihrer Nummer vom 8. Januar interessante Mitteilungen macht. In dem Artikel wird ausgeführt:

„Es brauchte wahhaftig nicht der Anwesenheit des Herrn Kaufmann in Rom, um den so vielversprechenen Erfolg des Kardinals Fischer in der Gewerbschafts- und Betriebswirtschaft zu einem Scheiterholz zu gestalten. Man ist sich in den Kreisen des katholischen Volksvereins und in der Gladbachener Zentrale darüber nicht im Zweifel, daß die Duldung der Interkonfessionellen Verbände von Rom nur eine provisorische Konvention ist. Man weiß, daß eine Enzyklika gegen die Gewerbschaften parallel zur Verurteilung des „Sillon“ schon auf dem Schreibtisch des Papstes lag, und daß Fischer nicht mehr erreichen konnte, als daß diese Enzyklika für anderthalb Jahre in einem Schubfach auf Ruhelage gekommen ist. Man weiß sogar, daß der stärkste Faktor der Kölner Pilgerfahrt der Herren Fischer, Spahn und Klepper neben dem Peterspfennig der Kölner Schäflein der hinter Spanien unsichtbar waltende Arme des deutschen Reichslandes gewesen war. Schon ehe Peter Spahn mit speziellen Aufträgen des Herrn v. Bethmann Hollweg im Gefolge des Kölner Kardinals nach Rom fuhr, hatte Herr v. Mühlenberg, der preußische Botschafter beim Heiligen Stuhl, den Staatssekretär die deutliche Meinung des Reichskanzlers wissen lassen, daß eine Auflösung des Volksvereins und ein Verbot der Gewerbschaften durch Rom im jetzigen Augenblick die Verstärkung des etablierten Schuhwals gegen die rote Flut bedeute und die nächsten Reichstagswahlen zur Katastrophe werden ließe. Es geschah das Wunderbare, daß die Kürze des gehüteten Plus zum erstenmal von der rücksichtslosen Durchführung des starren Prinzips absah und dem Tagessinteresse Weichnung trug. Plus X. und seine Ratgeber sangen an, politisch zu werden und Zugeständnisse zu machen.“

Also anderthalb Jahre beträgt die den christlichen Gewerbschaften gewährte Gnadenfrist, dann geht ihnen der Papst an den Fersen, wenn sie sich nicht vorher tödlich unterwerfen und zu dem Standpunkt der katholischen Hochstiftungen befürchtet haben. Vorher aber haben sie noch eine wichtige Aufgabe zu erfüllen, sie müssen den Gebrauch der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Reichstagswahlen machen, eine Aufgabe, der sie sich jetzt schon mit großem Eifer unterziehen zur betonten Freude Bethmann Hollwegs, dem zuliebe die Gegenaktion ja hinausgeschoben wurde. Bethmann Hollweg hat überhaupt die Nachricht des „Neuen Jahrhunderts“, soweit sie ihn betrifft, dementieren lassen. Das hat aber wenig zu bedeuten, weiß man doch, was von offiziellen Dementis zu halten ist. Merkwürdig ist es, daß die christlichen Gewerbschaften zu dieser Enttäuschung, die sie doch eigentlich recht nahe ansetzt, nichts zu sagen weiß. Anscheinend ist der M.-Gladbacher Botschafter noch nicht heraus und ohne die Erlaubnis ihrer geistlichen Vormünder dürfen die christlichen Organe auch zu fragen, die ihren Lebensunterhalt beziehen, nichts sagen. Vorerst haben es die guten Christen noch immer verstanden, „sich mit Gottes Hilfe durchzusetzen“, nach dem Prinzip, das ihnen ihr großer Führer Windhorst hinterlassen hat. Diesmal handelt es sich aber um eine harte Praxis, und man kann gespannt sein, wie sie es anstellen werden, um sie zu knacken.

Die Schuhmacher in Schweden sind seit dem 1. Januar ausgesperrt. An diesem Tage lief der zwischen den Organisationen vereinbarte Tarif ab, und die Unternehmer wollten den Arbeitern einen neuen Tarif aufzwingen, der bedeutende Verschlechterungen enthielt. Da die Arbeiterorganisation sich das nicht bieten ließ, beschlossen die Unternehmer alle Mitglieder des Verbandes auszusperren. Von dieser Aussperrung sind rund 5000 Schuhmacher betroffen. Der Sekretär der Internationalen Schuh- und Lederverarbeiter-Union, Genosse Simon in Münster, erließ einen Aufruf, in welchem er um Fernhaltung des Zugangs und um materielle Unterstützung der Ausgesperrten bittet.

## Eingesandt.

Achtung, Drehstier!

Die Drehstier-Gewagsgenossenschaft zu Leipzig gibt in der „Zeitschrift für Drehstier“ einen eigenen Arbeitsnachweis. Demgegenüber wollen wir feststellen, daß der Arbeitsnachweis für alle Branchen der Drehstier sich im Volkshaus, Reiberstraße 92, Leipzig, der Holzarbeiter befindet, den auch alle anreichenden Kollegen zu benutzen haben. Das Unternehmen und schriftliche Arbeitsanfragen sind nicht gestattet.

Doch weiteren werden in der „Zeitschrift für Drehstier“ von der Firma Friedr. Wagners in Neusalza-Osterwerd Arbeit gesucht, die nicht dem Holzarbeiterverband angehören. Bei dieser Firma sind erst kürzlich vier Kollegen gemacht worden: ferner versucht die Firma fortgesetzt, einen ungesehlichen Nachtrag zur Arbeitsordnung durchzudrucken, worin die Organisationszugehörigkeit verboten werden soll. Auch sind in den letzten Jahren fast alle Pfandschneide reduziert worden. Zu dem niedrigen Verdienst kommt eine lange Arbeitszeit. Die Kollegen im Lande mögen sich danach richten.

Die Centralcommission der Drehstier.  
J. A.: Albin Steffmann,  
Leipzig-Lindenau, Angerstraße 40.

